

Stand: 16.04.2026 05:20:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1238

"Haushaltsplan 2019/2020; hier: Leben retten - Zusätzliche Defibrillatoren für Bayern (Kap. 03 24 Tit. 812 06)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1238 vom 26.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1761 des HA vom 03.04.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 3)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Josef Zellmeier, Manfred Ländner, Bernhard Seidenath, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Otto Lederer, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter CSU**

**Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leben retten – Zusätzliche Defibrillatoren für Bayern
(Kap. 03 24 Tit. 812 06)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:
In Kap. 03 24 wird ein neuer Tit. 812 06 für das Jahr 2019 mit einem Ansatz von 500,0 Tsd. Euro für die Verbesserung der Defibrillatoren-Ausstattung in Bayern, insbesondere durch die Beschaffung von Defibrillatoren sowie die Machbarkeitsprüfung eines Defibrillatoren-Katasters, ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Bei 85 Prozent aller plötzlichen Herztode liegt anfangs ein Kammerflimmern vor. Ein Defibrillator kann diese elektrisch kreisende Erregung im Herzen durch gleichzeitige Stimulation von mindestens 70 Prozent aller Herzmuskelzellen unterbrechen. Deshalb sollen weitere Defibrillatoren in Bayern eingerichtet werden. Zudem soll geprüft werden, ob ein Defikataster entwickelt werden kann, das den schnellsten Weg zum nächsten Gerät aufzeigt. Denn der leistungsstärkste und teuerste Automatische Externe Defibrillator (AED) nützt nichts, wenn man ihn im Fall des Falles nicht findet.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1761 des HA vom 03.04.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Steffen Vogel

Abg. Katharina Schulze

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Stefan Löw

Abg. Stefan Schuster

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Manfred Ländner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Richard Graupner

Abg. Klaus Adelt

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Christian Flisek

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1235 mit 18/1238, 18/1266),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1095 mit 18/1101),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1182 mit 18/1191, 18/1303 mit 18/1305, 18/1307, 18/1309 mit 18/1315),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1202 mit 18/1215),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1167 mit 18/1181, 18/1263)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 31 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können vier Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. – Entschuldigung! Ist das geändert worden? – Erster Redner ist der Kollege Steffen Vogel von der CSU-Fraktion. Herr Vogel, bitte schön, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den Einzelplan 03. Das ist ein wichtiger Aufschlag. Er enthält letztlich auch eine gewisse Neuerung. Einerseits geht es um die Themen, die wir schon immer im Innenhaushalt hatten, andererseits kommt neu das Thema Asyl und Integration hinzu. Bayern wird manchmal vorgeworfen, dass im Bereich von Integration und Asyl nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die möglicherweise notwendig wären.

Ich möchte die Zahlen herausstellen. Im Doppelhaushalt sind hierfür über 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist eine wahnsinnige Leistung, die der Freistaat Bayern und damit der Steuerzahler für diese Herkulesaufgabe erbringt. Schwerpunkt ist dabei mit 1,7 Milliarden Euro die Unterbringung. Ich möchte aber auch anfügen und hervorheben, dass im Haushalt über 100 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen eingestellt sind, damit man diejenigen Menschen, die bei uns Schutz suchen, bestmöglich in die Gesellschaft integrieren kann. Es war ein Antrag der CSU-Fraktion, den Integrationsrucksack zu schaffen. Hierfür ein ganz großes Kompliment an die Integrationsbeauftragte, Frau Gudrun Brendel-Fischer. Kindern wird in Kindertagesstätten ein Integrationsrucksack mitgegeben; in ihm befinden sich, gebunden an einen Lesepatzen, ein Vorlesebuch sowie weitere Fördermaterialien, um die jungen Schutzsuchenden besser integrieren zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt im Haushalt ist natürlich – wie könnte es anders sein – die Polizei. Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate; Bayern hat die höchste Aufklärungsquote. Selbst in einer Großstadt wie München können die Menschen auch abends sorglos von einer Veranstaltung heimgehen. Bayern ist das mit Abstand sicherste Land in Deutschland, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Der Dank gebührt aber vor allem den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; denn sie sind es, die durch ihren täglichen Dienst aufklären, schützen und letztlich dafür sorgen, dass wir so gute Zahlen haben. Deshalb ein großes Dankeschön und ein Kompliment an alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern für die Arbeit, die geleistet wird.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das soll auch so bleiben. Deshalb investieren die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen auch kräftig in unsere Sicherheit. Der Innenhaushalt beläuft sich auf über 12 Milliarden Euro und steigt im Jahr 2019 um über 200 Millionen Euro und im Jahr 2020 nochmals um 7,4 Millionen Euro.

Wir stehen vor ganz neuen Herausforderungen: Erstens. Eine wachsende Bevölkerung – mehr Bevölkerung heißt: mehr Aufgaben. Zweitens. Die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus. Drittens. Cyber-Angriffe und letztlich auch die zusätzliche Aufgabe des Grenzschutzes. Wir brauchen – das ist uns auch wichtig – aber auch mehr Polizeipräsenz in der Fläche.

Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen? – Mit dem Sicherheitspaket "Sicherheit durch Stärke". Wir investieren mehr in Personal: im Jahr 2019 10,4 Millionen Euro, im Jahr 2020 nochmals 49,5 Millionen Euro. Manch einer mag dazu sagen: Das ist ja gar nicht so viel, bezogen auf das gesamte Haushaltsvolumen. Man muss aber berücksichtigen: Das sind 1.000 neue Stellen, 1.000 neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Das ist Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass wir heute schon den höchsten Stand an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben, den es je bei uns gab. Diesen bauen wir mit diesem Doppelhaushalt nochmals um 1.000 Stellen aus. Letztlich ist das große Ziel, im Jahr 2023 einen Personalstand von 45.000 Polizeibeamten zu haben. Das hat kein anderes Bundesland, auch nicht unter Berücksichtigung der Größe. Das

ist ein starkes Signal, dass wir in die Sicherheit der Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger kräftig investieren.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt auch 71 kw-Stellen, die zu den 1.000 Stellen gar nicht zählen. Diese sind für die Bereiche "Mobile Police" und E-Justice gedacht.

Wir wollen aber auch die Motivation bei der Polizei hochhalten. Wenn die Erfolge bei der Aufklärungsquote und hinsichtlich der niedrigen Kriminalität an unseren Beamtinnen und Beamten liegen, dann ist es auch wichtig, die Motivation hochzuhalten. Ein großes Thema war der Dienst zu

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ungünstigen Zeiten!)

– ich weiß schon – ungünstigen Zeiten. Uns war es ein Anliegen, die Zulage von 4,50 auf 5,00 Euro zu erhöhen. Dies wird rückwirkend zum 1. Januar 2019 vorgenommen. Ich glaube, auch dies ist ein deutliches Signal an unsere Beamtinnen und Beamten, die Polizeidienst verrichten.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das eine sind die Bezahlung und die Stellen, das andere ist die Sachausstattung. Wenn jemand jeden Tag den Kopf hinhält, wenn jemand bereit ist, uns unter Gefahr von Leib und Leben zu schützen, dann hat dieser Mensch auch die bestmögliche Ausstattung verdient. Auch diesbezüglich investiert der Freistaat Bayern kräftig. Die Steigerung um 33,4 Millionen Euro führt auf 556 Millionen Euro. Im Jahr 2020 haben wir einen kleinen Rückgang. Das liegt daran, dass gewisse Maßnahmen abgeschlossen sind, zum Beispiel die Anschaffung der neuen Dienstwaffe. Wir schaffen eine neue Mitteldistanzwaffe für Terrorlagen an. Die Polizeibeamten werden mit Bodycams ausgestattet, und – das ist mir besonders wichtig – die ballistischen Unterziehschutzwesten werden erneuert. Auch das dient der Sicherheit unserer Polizeibeamten.

Deshalb kann man mit Fug und Recht feststellen: Kein anderes Bundesland investiert nicht nur in Menschen und Köpfe, sondern auch in die Ausrüstung und damit in die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten so viel wie Bayern. Wenn jemand den Kopf hinhält, dann haben wir die Verpflichtung, diese Menschen mit bester Ausstattung auszurüsten. Das haben unsere Polizistinnen und Polizisten wirklich verdient.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt: Die Grenzpolizei wird ausgestattet. Die Reiterstaffel kommt. Wir setzen den Masterplan "Bayern Digital II" um. Polizeivollzugskräfte werden mit Smartphones bzw. Tablets ausgestattet. Das Modellprojekt "Digitalisierter Streifenwagen" wird vorangetrieben. – Man sieht: Hier passiert wirklich etwas!

Es geht um Personal, Köpfe und Ausstattung. Aber auch die räumlichen Gegebenheiten vernachlässigen wir nicht. Ich nenne nur einige Beispiele: Neubau des Gebäudes der Polizeiinspektion Dachau, Neubau der Raumschießanlage in Murnau, Neubau der Raumschießanlage in Hof, Neubau eines Fahrübungsplatzes in Sulzbach-Rosenberg. Die Planungen für neue Wirtschaftsgebäude der Bereitschaftspolizei in Eichstätt und in Nürnberg sowie für Neubaumaßnahmen in Simbach, Augsburg-West und Kaufbeuren werden fortgeführt oder begonnen

Wir können für den Bereich der Polizei wirklich resümieren: Es ist vorbildlich, wie sich der Freistaat Bayern mit diesem Haushalt im Bereich der inneren Sicherheit aufstellt.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In einem Punkt unterscheiden wir uns wesentlich von der Opposition: Zur Sicherheitsarchitektur gehört für uns als ganz entscheidender Faktor das Landesamt für Verfassungsschutz. Die CSU hält das Landesamt für Verfassungsschutz für eine unerlässliche Säule der Sicherheitsarchitektur Bayerns. Wir brauchen das Landesamt für Verfassungsschutz für die konsequente Beobachtung sämtlicher terroristischer und sämtlicher extremistischer Aktivitäten. Im Gegensatz zur Opposition wollen wir beim

Landesamt keinen Abbau, sondern einen Ausbau, allein schon deshalb, weil die Beobachtung der gesamten Social-Media-Aktivitäten eine große Herausforderung darstellt. Die Menschen in Bayern können sich darauf verlassen, dass die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land an die erste Stelle setzen.

Zur inneren Sicherheit und zum Innenhaushalt gehört aber nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr. Auch die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen gehen für die Menschen im Land durchs Feuer. Es sind Ehrenamtler – über 300.000! Der Brandschutz in Bayern beruht weitgehend auf ehrenamtlichem Engagement. Auch die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen haben die beste Ausrüstung verdient. Man kann ihr Engagement durch warme Worte loben. Wir machen auch etwas! Für deren Ausstattung, zum Beispiel Feuerwehrhäuser und Feuerwehrfahrzeuge, sind in den Doppelhaushalt 165 Millionen Euro eingestellt worden. 50 Stellen neue Stellen werden im Bereich der Feuerweherschulen geschaffen, um das Ausbildungsangebot zu verbessern, das heißt um die künftigen Feuerwehrleute auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit entsprechend vorzubereiten.

Ein weiterer Schwerpunkt im Einzelplan 03 ist der Katastrophenschutz. Ich verweise auf das Sonderinvestitionsprogramm "Katastrophenschutz Bayern 2030", für das zusätzlich 21,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Wir reagieren auf die Erfahrungen mit den massiven Schneefällen in jedem Frühjahr und wollen unsere Einsatzkräfte auf diese Herausforderung, die Bewältigung der Schneemassen, noch besser vorbereiten. Daher haben wir als Fraktion einen entsprechenden Schwerpunkt gesetzt und 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Wir unterstützen den Bau des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach mit 6 Millionen Euro im Doppelhaushalt, den jährlichen Betrieb mit jeweils 680.000 Euro. Das Zentrum wird durch die Freiwilligen-Hilfsorganisationen und den THW-Landesverband betrieben.

Wir kümmern uns um die Integrierten Leitstellen. Auch dafür wenden wir nicht Kleinbeträge, sondern 50 Millionen Euro auf. Diese Mittel fließen sowohl in die Aktualisierung der Software als auch in den Ausbau der Hardware.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der uns am Herzen liegt: In Bayern kann man sicher leben. In Bayern soll man natürlich gesund leben. Aber vor allem soll man lange leben. Aus der Fraktion kam daher der Initiativantrag zur Anschaffung von Defibrillatoren in ganz Bayern. Wenn ein Notfall eintritt, ist stets die Frage, ob ein "Defi" vor Ort vorhanden ist, und wenn ja, ob er auch gefunden wird. Wir stehen vor der Herausforderung, ein Kataster zu erstellen, auf das mittels einer App zugegriffen werden kann, um festzustellen, wo der nächste Defibrillator ist. Damit wird es möglich, einem Menschen in einem Notfall schnell Hilfe zu leisten.

Bayern ist auch das Land des Sports. Woran erkennt man das? – Bayern hat die zwei besten und erfolgreichsten Fußballvereine Deutschlands.

(Harald Güller (SPD): Augsburg? – Hans Herold (CSU): Der Club!)

Kein anderer Fußballverein ist so oft deutscher Meister geworden wie der FC Bayern München. Kein anderer Fußballverein Deutschlands ist so oft in die 1. Bundesliga aufgestiegen wie der Club!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir wünschen dem Club natürlich, dass er das im nächsten Jahr wieder schafft und damit erneut einen Aufstieg verbuchen kann.

Was den Sport angeht – jetzt reden wir vom Breitensport –, so hatten wir bisher für Sportstätten und Sportheime eine Förderung von 63 Millionen Euro. Diese Förderung erhöhen wir in diesem Jahr auf über 90 Millionen Euro. Sie sollten einmal ausrechnen, wie hoch die prozentuale Steigerung ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, die Sportvereine in strukturschwachen Gebieten noch einmal besonders zu unterstützen; das geht auf einen Antrag der CSU-Fraktion vom letzten März zurück. Dafür stellen wir 10 Millionen Euro bereit. Für die Förderung des Nachwuchsleistungssports stellen wir ebenfalls 10 Millionen Euro zur Verfügung. Wir fördern auch Großsportereignisse, nämlich solche, die auf das ganze Land positiv ausstrahlen und Werbung für Bayern bedeuten. Ich nenne nur die Nordische Ski-WM in Marktoberdorf.

(Harald Güller (SPD): Die Kanu-WM in Augsburg!)

– Auch! Ich konnte wegen der begrenzten Redezeit nicht alles aufzählen.

Fazit: Bayern ist das sicherste Land. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. Bayern ist das Land der Rettungsdienste, der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes. Bayern ist das Land des Sports. Wir verdanken das vor allem unseren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den richtigen Rahmensetzungen durch den Freistaat Bayern, durch die Staatsregierung und durch die sie tragenden Fraktionen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Haushalt des Einzelplanes 03. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Katharina Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN möchten, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Es gibt verschiedene Organisationen, Verbände und Vereine, aber natürlich auch die Sicherheitsbehörden, die genau dafür sorgen. Deswegen möchte ich ganz am Anfang ein großes Dankeschön sagen: an die Polizistinnen und Polizisten, an die Sicherheitsbehörden, an die Feuerwehren, an den Katastrophenschutz, an die Rettungskräfte. Sie sorgen jeden Tag dafür, dass wir hier in Bayern frei und sicher leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zur Sicherheit und zur Freiheit gehört aber auch eine starke Zivilgesellschaft, eine Zivilgesellschaft, die Zivilcourage zeigt, aufsteht, mithilft und einspringt, wenn man Unterstützung braucht. Nachher wird meine Kollegin Gülseren Demirel zu dem Thema Integration und Asyl noch einige Punkte nennen.

Lassen Sie mich kurz auf das wichtige Thema Sport, vor allem auf den Breitensport und das Ehrenamt, eingehen. Auch dieser großen Gruppe der Zivilgesellschaft, den Ehrenamtlichen und den Sportbegeisterten, gebührt ein großes Dankeschön; denn auch sie sorgen dafür, dass wir in unserem Land frei und sicher leben können. Sie tun für die Gesellschaft insgesamt Gutes und sorgen dafür, dass wir hier gemeinschaftlich gut zusammenleben können. Auch von unserer Fraktion vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Job als Politikerinnen und Politiker ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Sicherheitsbehörden, auch die Polizei, ihre wichtige Arbeit gut machen können. Deswegen begrüßen wir GRÜNEN es außerordentlich, dass mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Ich füge aber hinzu – das wissen wir alle –: Bis Polizistinnen und Polizisten ausgebildet sind, dauert es drei Jahre.

(Tobias Reiß (CSU): Wir haben doch schon 2017 begonnen!)

Wir haben eine wachsende Bevölkerung, und auf die Polizistinnen und Polizisten rollt eine Pensionierungswelle zu.

Was ist unsere grüne Idee und Antwort? – Zum einen müssen unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten von dem Überstundenberg herunterkommen. Das schaffen wir nur, wenn wir endlich eine ehrliche Aufgabenkritik durchführen. Das bedeutet, sich zu überlegen: Welche Aufgaben müssen denn nicht von der Polizei erledigt werden? Welche Aufgaben muss die bayerische Landespolizei nicht übernehmen? – Uns GRÜ-

NEN fällt gleich ein wichtiger Punkt ein: die Auflösung der Bayerischen Grenzpolizei. Grenzschutz ist Bundessache, nicht Landessache!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass wir GRÜNEN vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof klagen, weil die bayerische Grenzpolizei in unseren Augen verfassungswidrig ist.

(Tobias Reiß (CSU): Quatsch!)

Sie greift in die föderale Kompetenzverteilung im Bereich Grenzschutz ein. Herr Vogel, einen Punkt möchte ich extra aufgreifen, weil Sie es so schön gesagt haben: Sie möchten die Polizistinnen und Polizisten in die Fläche bekommen. – Das wollen wir GRÜNEN auch! Eine Idee wäre, die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Grenzpolizei einfach in der Fläche zu verteilen, anstatt sie an der deutsch-österreichischen Grenze einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Warum heißt es eigentlich "grüne Grenze"?)

Eine weitere Möglichkeit, unsere Polizistinnen und Polizisten zu entlasten, bestünde darin, dass wir mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen. Wir haben dazu auch einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen 125 neue Stellen schaffen, um die Polizistinnen und Polizisten direkt und schnell zu entlasten. Natürlich gibt es von uns GRÜNEN auch mehr Mittel für die Fortbildungsmaßnahmen. Diesen Ansatz würden wir gern um 3,5 Millionen Euro erhöhen. Gerade in den Bereichen Cyberkriminalität, Rechtsextremismus und Terrorismusbekämpfung, aber auch im Bereich Organisierte Kriminalität lohnt es sich, noch etwas Geld in mehr Fortbildungsmaßnahmen zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass bezüglich des Dienstes zu ungünstigen Zeiten wohl endlich eine Lösung gefunden wurde. Das war ja wirklich ein Hängen und Würgen, Herr Innenminister. Vor der Wahl hieß es noch lautstark: Ja, ja, der Zuschlag wird auf 5 Euro erhöht! – Nach der Wahl sollte es anscheinend doch nicht sein. Darüber, dass diese Erhöhung jetzt wohl endlich kommt, sind wir sehr froh. Wir GRÜNEN sind davon überzeugt, dass man Wertschätzung auch durch monetäre Vergütung gut ausdrücken kann. Die Erhöhung des Zuschlags von 4,50 Euro pro Stunde Nachtdienst auf 5 Euro ist wirklich nicht zu viel verlangt. Das haben unsere Polizistinnen und Polizisten verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Sache ansprechen. Wir GRÜNE möchten – das haben wir im Änderungsantrag deutlich gemacht – die Sicherheitswacht abschaffen. Warum? – Weil wir davon überzeugt sind, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung durch die Polizei erfüllt wird, nicht durch Laien, die in den Städten auf Patrouille gehen. Um das noch einmal ganz klar zu machen: Für uns GRÜNE liegt das Gewaltmonopol beim Staat. Wir wollen die öffentlichen Polizeidienststellen stärken und nicht irgendwelche Hilfssheriffs. Wir wollen auch nicht, dass unsere Polizistinnen und Polizisten so viel Zeit verlieren, indem sie die Leute aussuchen, ausbilden und Nachbesprechungen durchführen. Dafür haben unsere Beamtinnen und Beamten keine Zeit. Auch das Geld für die Ausrüstung und die Aufwandsentschädigung könnte man woanders besser einsetzen. Außerdem hilft die Betreuung der Sicherheitswacht auch nicht gegen den Überstundenberg unserer bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Deswegen können Sie heute etwas Gutes für die bayerische Polizei tun und unserem Änderungsantrag zur Abschaffung der Sicherheitswacht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bleibt mir zum Abschluss noch zu sagen: Wir GRÜNE möchten unsere Sicherheitsbehörden und die Polizei durch Personal und bessere Ressourcen stärken und dabei

natürlich auch die Zivilgesellschaft besser unterstützen; denn Freiheit und Sicherheit gehen immer nur gemeinsam. Dafür stehen wir GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn einer Haushaltsrede über innere Sicherheit muss zunächst einmal der Dank stehen, der Dank an alle Sicherheitskräfte in Bayern. Damit meine ich insbesondere natürlich die Polizeibeamten, aber auch all diejenigen, die in der inneren Verwaltung tätig sind und die bislang noch nicht zur Sprache gekommen sind. Sie alle wirken zusammen und leisten einen unschätzbaren Beitrag dazu, dass sich Menschen im Freistaat Bayern sicher fühlen können und auch sicher sind.

Aber innere Sicherheit kommt nicht von allein. Die innere Sicherheit ist ein Verdienst auch der Gesellschaft, auch der Politik der letzten Jahre und letzten Jahrzehnte. Speziell in Bayern hat die Polizei immer Rückendeckung bekommen, und zwar von allen Mitgliedern dieses Hauses. Sie konnte sich sicher sein, dass ihr Handeln von den Parlamentariern getragen ist. Ich sehe das schon auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Ich behaupte: In Bayern wäre so etwas, wie es in Hamburg bei dem G-20-Gipfel geschehen ist, nicht möglich. In Bayern haben wir eine klare Einstellung zur inneren Sicherheit, eine klare Wertigkeit, was geht und was nicht geht. Ich bin sehr froh, dass sich unsere Polizeibeamten unserer Rückendeckung in jeder Lage sicher sein können.

Wir haben – das ist sehr wichtig –, seit die FREIEN WÄHLER im Landtag sind, jedes Jahr einen deutlichen Aufwuchs an Einsatzkräften gehabt. Ich sage das, weil wir Mitte des letzten Jahrzehnts einen tatsächlichen Rückgang hatten. Den haben wir jetzt aufgeholt. Wir haben mehr Polizeibeamte als je zuvor. Wir als Koalition sorgen dafür, dass wir pro Jahr 500 neue Stellen bekommen. Das ist ein Dank an die Koalitionsfrak-

tionen, aber auch ein Dank an den Innenminister, der seit über einem Jahrzehnt für die Polizei verantwortlich ist. Die Wertschätzung, die die Polizei genießt, sieht man nicht nur daran, dass wir neue Stellen ausbringen, sondern auch daran, dass wir flankierende Maßnahmen ergreifen. Wir haben als Freistaat Bayern – da schaue ich Herrn Kollegen Florian Herrmann an; das hatten wir seinerzeit fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht – dafür gesorgt, dass Polizeibeamte, die im Dienst verletzt werden, Schmerzensgeld vom Freistaat Bayern bekommen, wenn die Schmerzensgelder von den Tätern nicht eingetrieben werden können. Das ist ein wichtiges Signal, das ist ein wichtiges Zeichen.

Wir haben auch gefordert und durchgesetzt, dass Gewalt gegen Polizeibeamte härter bestraft wird, als das bisher der Fall war; denn die Zahlen sind in diesem Bereich durchaus erschreckend. Last but not least sorgen wir mit diesem Doppelhaushalt dafür, dass die Gelder für Dienst zu ungünstigen Zeiten angehoben werden. Das alles sind deutliche Signale dafür, dass wir die Polizei wertschätzen und hinter ihr stehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Haushalt – wir werden das im Rahmen dieses Dreitageplenums noch öfter diskutieren – ist das Thema der Kompensation für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Wir haben im letzten Jahr, am 14. Juni 2018, die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Das muss natürlich gegenüber den Kommunen kompensiert werden. Die Kommunen haben dadurch Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass dafür 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, im Jahr 2019 100 Millionen Euro für die Kommunen und 50 Millionen Euro für den Härtefonds, im Jahr 2020 150 Millionen für die Kommunen. Ich denke, das ist ein starkes, ein gutes Signal an die Kommunalpolitik und die Kommunen, dass wir sie hier unterstützen und dass wir Wort gehalten haben, als wir gesagt haben: Straßenausbaubeiträge abschaffen heißt, Bürger entlasten und Kommunen nicht belasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Herr Kollege Güller, man muss nur rechnen. – Es wurden im Mittel der letzten zehn Jahre 60 Millionen Euro von den Bürgern eingesammelt. Das haben wir auf 100 Millionen Euro aufgestockt, weil nur zwei Drittel der Kommunen eine Satzung haben. Dann haben wir noch 50 Millionen Euro draufgelegt. Das kann man für Strebs, also die Erschließung alter Straßen, nehmen oder, je nachdem, wie gut die Kommune gewirtschaftet hat, für weitere Straßenausbaumaßnahmen. Wir haben Wort gehalten. Kollege Adelt schüttelt zwar den Kopf, aber lesen Sie nach. Der Gemeindetag hat die Beträge so vorgegeben. Das ist alles nachzulesen. Ich glaube, dass wir fair mit unseren Städten und Gemeinden umgehen.

Auch das Thema Sport liegt uns maßgeblich am Herzen. Deswegen gibt es eine deutliche Steigerung der Sportförderung. Herr Kollege Vogel hat vorhin den Spitzensport erwähnt und hat schamhaft den dritten Bundesligisten, den FC Augsburg, unterschlagen. Bayern ist das Land in Deutschland mit den besten Leistungen im Spitzensport, nicht nur im Fußball, nicht nur im Eishockey. Sie müssen nur die Olympischen Spiele zur Grundlage nehmen, insbesondere die Winterspiele. Da sind wir besonders stark.

Unabhängig davon geht es nicht nur um den Spitzensport. Es geht im Wesentlichen auch um den Breitensport. Hier leisten wir eine ganze Menge für die Vereine und für die dort ehrenamtlich Tätigen. Das geht von Unterstützungen, die auch aus Bayern gekommen sind, weil es keinen Mindestlohn im Ehrenamt gibt, bis dahin, dass wir es in die Hand genommen haben, nun endlich die Schwimmbäder mit jährlich 20 Millionen Euro zu fördern. Das war ein großes Anliegen der FREIEN WÄHLER, das wir schon als Oppositionsfraktion vorgetragen haben. Wir haben das jetzt mit in die Regierungsarbeit hineingenommen und stehen gemeinsam dahinter, die kommunalen Schwimmbäder vor Ort zu fördern; denn es ist wichtig, dass jedes Kind schwimmen lernt. Es ist nicht nur aus gesundheitlichen Gründen wichtig, sondern auch aus Gründen der Sicherheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein ganz wesentlicher Teil dieses Haushalts befasst sich mit der Integration. Ich kann schlichtweg nicht nachvollziehen, dass von einer Fraktion inflationär Anträge kommen, hier Gelder einzusparen. Gerade diejenigen, die Ängste vor Migranten schüren, sollten eigentlich ein besonders vitales Interesse daran haben, dass die Menschen, die zu uns kommen, gut in die Gesellschaft integriert werden, dass sie ein wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft sind und sie bereichern. Das schaffen wir dadurch, dass wir in Bayern eine vorbildliche Integrationsarbeit leisten. Diese vorbildliche Integrationsarbeit – das sage ich an die Adresse von SPD und GRÜNEN – ist wesentlich wertvoller als eine 20-stündige Marathondiskussion, wie wir sie im letzten Landtag über das Integrationsgesetz und die Leitkultur geführt haben.

Ich frage nun einfach evaluierend: Was hat diese Debatte gebracht? Hat sie irgendetwas an der Lebenswirklichkeit verändert? – Nein! Ich glaube, wir sind insgesamt, was die Integration betrifft, auf einem guten Weg. Hier investieren wir viel Geld. Das ist gut angelegtes Geld. Wir sind auf einem ganz guten Weg, auch die Probleme derjenigen Menschen zu lösen, die hierhergekommen sind und einen Arbeitsplatz haben. Und wenn es in dem einen oder anderen Fall noch hakt, denke ich, dass wir auch das in den Griff bekommen.

Der Einzelplan 03 ist ein hervorragendes Zeichen funktionierender Regierungsarbeit und eines starken Freistaates. Eine starke innere Sicherheit ist die Grundlage für eine starke Gesellschaft, für eine starke Wirtschaft und für ein starkes Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 03 verzeichnen wir eine allgemeine Steigerung der Ausgaben für die Sicherheit unserer

Bürger. Das wird von unserer Fraktion sehr begrüßt. Doch leider ist die Regierung nur gewillt, für die Bekämpfung der Symptome viel Geld auszugeben anstatt direkt für die Behandlung der Ursachen.

Eine der Ursachen ist, dass unser Rechtsstaat täglich Schwäche zeigt, indem er es duldet, dass sich nach wie vor Menschen hier aufhalten und jeden Monat viel Geld vom Steuerzahler erhalten, obwohl sie laut Gesetz nicht mehr hier sein dürften.

(Beifall bei der AfD)

An dieser Stellschraube wollen Sie aber nur bedingt drehen. Ansonsten würden Sie die Anstrengungen deutlich verstärken, auch finanziell, um ausreisepflichtige Ausländer schnellstmöglich außer Landes zu bringen und damit auch Ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Leider ordnen Sie den Abschiebungen nur eine untergeordnete Rolle zu, obwohl Sie wissen, dass jeder dafür eingesetzte Euro innerhalb kürzester Zeit an anderer Stelle zehnfach eingespart wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Jetzt sagen Sie aber nicht, Sie hätten die Abschiebekosten so gering gerechnet, weil die Kosten dieser Maßnahme vom Ausländer getragen werden müssen. Seien Sie realistisch: Von keinem dieser Menschen werden Sie je einen Euro wiedersehen.

Wie wir beantragt haben, soll auch die freiwillige Ausreise attraktiver gemacht werden. Dadurch würde unter dem Strich das Gleiche erreicht. Aber auch hier stellen Sie sich gegen eine Ausweitung des Programms.

Damit sagen Sie ganz eindeutig, dass Ihnen die Herrschaft des Unrechts egal ist und Sie den Asylmissbrauch stillschweigend akzeptieren.

Würden die Abschiebungen ausgeweitet und das Programm der freiwilligen Rückkehr intensiviert, würden beide Programme Hand in Hand gehen und sich gegenseitig ver-

stärken. Damit würde ein deutliches Zeichen an die anderen Bundesländer, an den Bund und in die Welt gesendet, dass hier kein Platz für Wirtschaftsmigranten ist.

(Beifall bei der AfD)

Aus diesem Grunde wollen wir auch einen Remigrationsbeauftragten und nicht nur einen Integrationsbeauftragten; denn die Integration ist bei der geringen Anzahl an anerkannten Asylbewerbern eine kleine Aufgabe im Gegensatz zur Aufgabe der Remigration an Massen abgelehnter Asylbewerber.

Aber auch mit Versagen des Titels zeigen Sie unserer Bevölkerung, dass Sie die illegale Zuwanderung unterstützen und nicht bekämpfen, wie Sie es im Wahlkampf immer gern versprechen. Es wird Zeit, dass Sie endlich Ihr Wahlkampfversprechen einhalten und die Maßnahmen umsetzen. Sorgen Sie für die Rückkehr zum Rechtsstaat; es liegt in Ihrer Hand.

Ein Rätsel ist mir auch, warum 882.000 Euro für die medizinische Versorgung von Abschiebehäftlingen benötigt werden, obwohl letztes Jahr gerade einmal 1.230 Personen für durchschnittlich 35 Tage inhaftiert waren. Das sind umgerechnet mehr als 700 Euro für 35 Tage Aufenthalt, nur für die Krankenversorgung.

Nun zu Ihrer Rede, Herr Vogel. Sie haben vor, die Zahl unserer Polizeibeamten zu erhöhen. Das unterstützen wir. Laut Ihrer Aussage aber ist die Sicherheitslage in Bayern ausgezeichnet. Dieses Argument untermauert Ihre Partei gern mit den Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik. Warum brauchen wir dann mehr Polizisten, wenn die Zahlen so super sind? – Dieser Widerspruch zeigt ganz deutlich, dass die Kriminalitätsstatistik nichts über die wahre Sicherheitslage in unserem Lande aussagt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Stefan Schuster von der SPD-Fraktion hat nun das Wort. Bitte schön.

Stefan Schuster (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor Gewalt- und Straftaten zu schützen; der Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit ist immer ein Balanceakt, bei dem die Staatsregierung in den vergangenen Jahren leicht ins Straucheln geraten ist.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns im Bereich der inneren Sicherheit gegen eine Politik, die immer nur reflexartig auf eine Verschärfung von Gesetzen setzt. Ein konsequenter Vollzug bestehender Gesetze bei besserer Personal- und Sachausstattung der Sicherheitsbehörden muss stattdessen die Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine bürgernahe Polizei, die uns vor Straftaten und Gefahren schützt. Dafür muss sie ausreichend Personal zur Verfügung haben und von sachfremden Aufgaben entlastet werden. Deshalb fordern wir neue Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in verschiedenen Entgeltgruppen bei der Landespolizei. Die Staatsregierung hätte mit konkreten Maßnahmen, die wir schon länger fordern, frühzeitig auf die Überstundensituation bei der Polizei reagieren müssen. 2,4 Millionen angefallene Überstunden bei der bayerischen Polizei sind mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn nur schwer zu vereinbaren. Das sind 76 Überstunden pro Polizeibeamten und Polizeibeamtin.

Die bis zum Jahr 2023 geplanten 3.500 zusätzlichen Stellen für die bayerische Polizei werden die Entwicklung zwar positiv beeinflussen, aber sie kommen sehr spät.

Die SPD hat immer wieder auf diese Entwicklung hingewiesen, und wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man mit der verstärkten Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern schon viel früher beginnen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Denn im ganzen Land herrscht in den Polizeidienststellen eine unbefriedigende Personalsituation. Teilweise fehlen zwischen 20 und 25 % des Personals. Deshalb ärgert es

mich, dass viele neuausgebildete Polizistinnen und Polizisten nicht in den Wachen ihren Dienst antreten, sondern zur Grenzpolizei oder auch zur Reiterstaffel kommen. Nach der Intention des Innenministers soll die bayerische Grenzpolizei genau das machen dürfen, was die Bundespolizei an den bayerischen Grenzen zum EU-Ausland auch machen darf und auch macht. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 18.12.2018 zur automatisierten Kennzeichenkontrolle aber unmissverständlich klargestellt, dass der Grenzschutz Sache des Bundes und der Bundespolizei und nicht Sache des Landes und der Landespolizei ist. Wir fordern deshalb in einem Antrag die Abschaffung der Grenzpolizei und die Umschichtung der dafür vorgesehenen Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Thema Feuerwehr und Katastrophenschutz kommen. Im neuen Haushaltsentwurf wird endlich die Feuerschutzsteuer für die Feuerwehr verwendet und nicht mehr für den Katastrophenschutz. Anschaffungen für den Katastrophenschutz wurden in der Vergangenheit entgegen der Zweckbestimmung im Feuerwehrgesetz aus der Feuerschutzsteuer finanziert. Der Landesfeuerwehrverband und wir von der SPD prangern das schon lange an, weil dieses Geld laut Feuerwehrgesetz schon immer der Feuerwehr für Ausstattung und Ausbildung zusteht. Das neue Investitionsprogramm für den Katastrophenschutz werden wir im Auge behalten. Die Finanzierung ist hier aber auf jeden Fall endlich vernünftig geregelt.

Keine Finanzierung erhalten dagegen Ersthelfergruppen, sogenannte First Responder. Wir fordern, dass der Freistaat die Ausstattung und Ausbildung von Einsatzgruppen unterstützt, die bis zum Eintreffen von Notärzten Leben retten können.

Bleiben wir beim Thema Feuerwehr. Bayerns Feuerwehrleute müssen mit langen Wartezeiten an den Feuerweherschulen kämpfen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht verständlich, dass erst jetzt neues Personal eingestellt wird. Die im neuen Haushalts-

entwurf enthaltenen Stellen für Lehrpersonal an den Feuerwehrschoolen reichen nicht aus und hätten zudem schon besetzt werden können. Wären die Stellen besetzt worden, hätten deren Inhaber unsere Feuerwehnmänner und -frauen schon ausbilden können.

Man kann die Feuerwehrschoolen aber auch durch die Ausbildung vor Ort entlasten. Deshalb machen wir uns in unseren Anträgen für weitere mobile Brandübungscontainer stark, in denen Atemschutzgeräteträger ausgebildet werden.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss noch auf einen weiteren Verwendungszweck der Feuerschutzsteuer zu sprechen kommen: die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern. Es ist eine Schande, was sich der Freistaat hier erlaubt. Ich bringe ein Beispiel. Die Stadt Nürnberg investiert dieses Jahr 19,4 Millionen Euro in die Gerätehäuser ihrer Freiwilligen Feuerwehren. Der Freistaat gibt exakt 343.000 Euro Fördergelder dazu. Das entspricht einer Förderquote von rund 1,8 %. Nürnberg ist bei Weitem nicht die einzige Kommune, die unter der niedrigen Förderung leidet.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht die einzige Kommune, die etwas braucht!)

In den Stimmkreisen von allen Abgeordneten hier im Hohen Haus gibt es Feuerwehren, die ihre Gerätehäuser notgedrungen kleiner als nötig planen, die Neubauten und Renovierungen aufschieben und die sich teilweise, statt eine neue Feuerwache zu bauen, Container auf den Parkplatz der alten Feuerwache stellen. Erst vor wenigen Wochen war ich mit dem Kollegen Christian Flisek in Vilshofen, wo das Feuerwehrzentrum für rund fünf Millionen Euro saniert werden soll. Der Freistaat stellt dafür keinen Cent Förderung in Aussicht. Diese Probleme können auch Ihnen in der Regierung nicht entgangen sein. Und wie reagieren Sie? – Sie kürzen die Mittel im Haushalt noch weiter, weil aufgrund Ihrer Förderrichtlinien sowieso so gut wie kein Geld ausgeschüttet wird. Feuerwehrleute aus ganz Bayern beschwerten sich bei mir. In den kommen-

den Monaten wird es über die Förderrichtlinien für die Feuerwehr einiges zu diskutieren geben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund dessen, was ich hier vorgetragen habe, können wir diesem Haushaltsentwurf des Innenministeriums nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir seitens der FDP haben von Anfang an diesen Gesamthaushalt angesichts der geplanten Entnahmen von circa 3,5 Milliarden Euro aus den Rücklagen, und das in diesen konjunkturellen Hoch- und Spitzenzeiten, für unverantwortlich gehalten. Der Kollege Vogel hat im Haushaltsausschuss gar von haushaltspolitisch immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen gesprochen. Wenn das, was wir derzeit erleben, schwierige Rahmenbedingungen sind, dann möchte ich wissen, wie eine Situation zu bewerten ist, in der es nicht Jahr für Jahr von Rekordeinnahme zu Rekordeinnahme geht. Schwieriger ist die Lage nur deswegen geworden, weil mit diesem Haushalt auch ein Füllhorn voll Wohltaten über eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen ausgeschüttet worden ist. Da mahnen wir insgesamt zur Mäßigung. Auch da mahnen wir zur Nachhaltigkeit in der Finanzplanung.

Diese strukturelle Kritik, sehr geehrter Herr Staatsminister, bezieht sich aber ausdrücklich nicht auf den Einzelplan 03. Ja, innere Sicherheit ist teuer; aber die dafür aufgewendeten Mittel sind gerechtfertigt und im Großen und Ganzen auch nach unserer Bewertung gut angelegt, weil die Sorge für die innere Sicherheit eine Kernaufgabe staatlichen Handelns ist, gleichzeitig die Sicherheit im Lande für ein gelingendes Zu-

sammenleben insgesamt wichtig ist und die subjektive Sicherheit, das subjektive Sicherheitsgefühl, immer im Auge behalten werden muss.

Deswegen gehe ich auf das Thema Polizei nur in aller Kürze ein; hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf die im Haushaltsausschuss beratenen Anträge und die dort vorgetragenen Argumente verweisen. Zunächst spreche ich allen Dank und Anerkennung aus, die im Bereich der Polizei und der Sicherheit Dienst tun und durch ihr Engagement und ihre Arbeit schon beste Ergebnisse erzielt haben.

Ja, wir stimmen dem Personalzuwachs um weitere 1.000 Polizeikräfte im Doppelhaushalt zu. Ja, wir halten es auch für richtig, dass die Ausrüstung auf den Stand des Jahres 2019 gebracht wird. Es soll eine neue Dienstwaffe geben, nicht nur ein digitalisiertes Klassenzimmer. Ich möchte hoffen, dass der digitalisierte Streifenwagen schnellere Fortschritte macht. Ja zu Smartphones und Tablets für die Polizei!

(Beifall bei der FDP)

Eine ablehnende Haltung – das ist auch nichts Neues – haben wir gegenüber der bayerischen Grenzpolizei, einmal aus rechtlichen Gründen – sie wurden vorgetragen –, aber auch, weil damit eine personelle Konzentration bei der bayerischen Grenzpolizei einhergeht, die unserem Ziel, Polizisten in die Fläche zu bringen – der Kollege Vogel hat das auch gesagt –, durchaus zuwiderläuft. Uns wären bayerische Polizisten in der Fläche lieber als bayerische Polizisten an der Grenze.

Auch die Reiterstaffel ist so ein Thema, dem wir uns nicht annähern wollen. Auch da halten wir das Geld nicht für richtig eingesetzt.

Mehr Dynamik möchte ich an dieser Stelle auch noch im Hinblick auf das geplante Polizeiaus- und -fortbildungszentrum einfordern, von dem schon seit Jahren die Rede ist.

Zur Integrationsarbeit: Auch da halten wir stärkere Anstrengungen für richtig. Wir wollen auch noch mehr für die Sprachförderung tun; sie ist der Schlüssel zur Integration schlechthin.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur noch drei Sonderthemen kurz ansprechen:

Erstens. Die Themen Artenschutz und Personalausstattung passen schon an dieser Stelle nicht mehr zusammen. Hinter uns liegt das Volksbegehren, und wir warten auf die angekündigte Übernahme hier im Landtag. Aber zum Gelingen dieses neuen Artenschutzprogramms ist wohl auch Personal erforderlich. Wir haben in diesen Tagen von der Landwirtschaftsministerin ein Papier in die Hand gedrückt bekommen: "Maßnahmenpaket zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheiten". Wer kümmert sich darum? – Das ist die Frage. Wir würden natürlich die notwendige Anpassung der Personalausstattung der Landratsämter gerne schon jetzt und nicht erst im Dezember dieses Jahres, womöglich bei der Beratung des Nachtragshaushaltes, diskutieren. Eine vernünftige Umsetzung ist auch da vonnöten. Der Personalausstattungsplan für die Landratsämter und die innere Verwaltung ist schon jetzt überholt. Sie lassen es an dieser Stelle am Umsetzungswillen fehlen.

Zweitens. Zu den Feuerweherschulen ist auch schon einiges gesagt worden. Die Kapazitätserweiterungen und die Personalaufstockungen erkennen wir an; wir halten sie für richtig und wichtig. Ich bitte darum, dabei für einen effizienten Mitteleinsatz zu sorgen; denn wir haben in allen Führungsbereichen der Feuerwehr vermehrte Fluktuationen; das ist bekannt. Gerade deswegen sind verstärkt noch Gruppenführer- und Kommandantenfortbildungen erforderlich. Mehr Kommunikation und mehr Flexibilität in den Feuerweherschulen sind erforderlich, um dem erhöhten Ausbildungsbedarf passend entsprechen zu können.

Der dritte Punkt betrifft die Sportförderung. Wir begrüßen die Budgeterhöhung außerordentlich. Die jetzt zusätzlich zur Verfügung stehenden neun Millionen Euro in diesem Jahr für den Sportstättenbau in Regionen mit besonderem Handlungsbedarf verbessern die Gesamtsituation erheblich. Das ist gut angelegtes Geld. Auch hier bitten wir, jetzt für eine zügige Abwicklung zu sorgen.

Zum Stichwort "gut angelegtes Geld" noch ein Punkt, der zwar betragsmäßig klein ist, dann aber doch Fragen aufwirft, ob auch in allen Bereichen die Bereitschaft zu einer sparsamen Haushaltsaufstellung und zu einem sparsamen Haushaltsvollzug besteht: Wenn es um die Sportgala, um die Verleihung des bayerischen Sportpreises geht, müssen wir nach dem, was wir bisher erlebt haben, doch erhebliche Zweifel anmelden.

Im Haushaltsausschuss konnte dieser Mittelzuwachs von 270.000 Euro für eine Veranstaltung nicht erklärt werden. Der Amtschef sagte im Haushaltsausschuss: Da bräuchte man 20.000 Euro mehr für eine Eventagentur. Gestern hat der Minister nach fünf Wochen des Prüfens mitgeteilt: Die Eventagentur würde 80.000 Euro mehr kosten – und das, obwohl uns zeitgleich erläutert wird, dass ohnehin geplant sei, im nächsten Jahr ein neues Konzept auch für diese Veranstaltung vorzulegen. Der Hinweis, dass das Sponsoring von BMW ausfalle, hat auch dazu geführt, dass hier 80.000 Euro mehr eingeplant werden, und jetzt gibt es, nachdem wir das noch einmal zum Thema gemacht haben, da offenbar auch Nachverhandlungen und erste Erfolge. Da bitte ich schon, gerade weil wir oder Sie den Gesamthaushalt letztlich nur durch Rücklagenentnahmen in Milliardenhöhe finanzieren können, in allen Einzelpositionen verantwortungsvoller zu agieren, als das an dieser Stelle deutlich geworden ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit!

Alexander Muthmann (FDP): – Ja, ich habe noch zwei Sätze zu sagen. Uns ist mitgeteilt worden, dass der BR, der Bayerische Rundfunk, bei der Sportgala sparen muss und deswegen an dieser Stelle 16.500 Euro mehr eingeplant werden, um zu einer Finanzierung zu kommen. Uns interessiert natürlich, welche Leistungen sich die Staatsregierung da beim Bayerischen Rundfunk einkauft. Das werden wir nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Monaten noch genauer untersuchen und hinterfragen.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinne: Ja zur Polizei, ja zur Sicherheit. In Einzelpunkten haben wir aber doch erhebliche Zweifel, und deswegen können wir trotz der grundsätzlich richtigen Ausrichtung

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie zum Ende, Ihre Redezeit!

Alexander Muthmann (FDP): diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Abgeordnete Manfred Ländner von der CSU-Fraktion.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Einzelplan 03: geplante und wichtige Ausgaben im Bereich der inneren Sicherheit, gelingender Integration, im Bereich des Sports und 250 Millionen Euro für die Gemeinden – Ausgleich der "Strabs" für die Kommunen.

Kollege Vogel hat die Eckdaten genannt; ich erspare mir die Zahlen, und gestatte mir einige Worte zur inneren Sicherheit in Bayern. Bayern hatte in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich der inneren Sicherheit immer einen und meist sogar den Spitzenplatz in Deutschland. So falsch kann es also nicht gewesen sein, was wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht haben.

Straftatenhäufigkeit, Aufklärungsquote – viele Dinge belegen, dass unsere Polizei herausragende Arbeit leistet, ebenso wie die Feuerwehr sowie die Rettungsdienste im Hauptamt und besonders im Ehrenamt. Dieser Spitzenplatz in der inneren Sicherheit und diese hohe Leistungsfähigkeit auch unserer Landkreise, Städte und Gemeinden im Bereich der inneren Sicherheit – sie sind ja Sicherheitsbehörden – hatte natürlich auch Auswirkungen, in diesem Fall positive Auswirkungen, auf die Entwicklung unserer bayerischen Heimat; denn Sicherheit ist ein Standortfaktor. Sicherheit ist ein entscheidender Mosaikstein für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten; denn es geht um die Sicherheit der Anlagen und

Einrichtungen von Industrie und Handwerk. Es geht um die Sicherheit der Menschen, die hier bei uns leben und arbeiten, und es geht um die Sicherheit der Familienangehörigen derer, die in Bayern investieren und zu uns kommen, um hier zu arbeiten oder bei uns zu bleiben. Es geht nicht zuletzt um die Freiheit, sich im Lande in Dörfern und in Städten rund um die Uhr dort aufhalten zu können, wo man möchte, ohne Angst zu haben – in Bayern sind keine No-go-Areas.

Daher geht ein Dank an alle, die für die innere Sicherheit in Bayern stehen – es wurde dankenswerterweise von allen Vorrednern bereits angesprochen: an die Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehren, Sicherheitswacht, Kommunen und Landkreise als Sicherheitsbehörden.

Ich darf auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium nennen, und es kommt noch eine zahlenmäßig kleine Gruppe dazu: Innenminister Joachim Herrmann, Staatssekretär Gerhard Eck und 203 weitere Abgeordnete des Bayerischen Landtages. Diese Gruppe "Bayerischer Landtag" ist verantwortlich für die im Grundgesetz festgelegte Gesetzgebung der Länder, und das wesentliche Gesetz – das wissen Sie, das haben Sie im Sozialkundeunterricht gelernt – ist das Haushaltsgesetz. Wir als Landtag sind also verantwortlich, dass die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, damit die innere Sicherheit weiter auf einem hohen Niveau gehalten werden kann.

Personal, Ausstattung, Gebäude und Akteure sind das Handwerkszeug für die innere Sicherheit in Bayern, und der heute zu beratende Einzelplan 03 stellt diese notwendigen Mittel zur Verfügung. Ich gestatte natürlich auch die Feststellung, es sei zu wenig. Ja, immer mehr ist wünschenswert. Kollege Muthmann hat schon gesagt: Es ist zu viel im Haushalt, können wir nicht machen.

Ich möchte heute, wenn es ums Geld geht, nicht unbedingt über den juristischen Zentimeter an der Grenze oder hinter der Grenze diskutieren; das können wir im Ausschuss noch machen.

Ich war selbst einmal Dienstgruppenleiter. Die Hälfte der Dienstgruppe sagte, wenn sie weniger als 60 Überstunden hatte: Ich bleibe nicht daheim, weil ich diese Überstunden brauche, wenn die Oma Geburtstag hat oder im Sommer, wenn die Sonne scheint. – Das ist aber ein anderes Thema, das gehört nicht hierher.

Mehr Einsatz von Angestellten – ja, darüber müssen wir uns unterhalten. Wir haben bereits erste Beschlüsse in der vergangenen Legislaturperiode gefasst. Und ich weiß, dass die Bedeutung der inneren Sicherheit an der Grenze immer unterschiedlich gesehen wird. Auch da möchte ich jetzt nicht tiefer einsteigen. Ich kenne aber die Opposition, und Anträge wiederholen sich, lieber Stefan Schuster. Ich weiß, dass wir im Innenausschuss

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

immer wieder darüber diskutieren werden.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht um einzelne Details wie Zentimeter oder Vierbeiner statt Zweibeiner, sondern heute geht es darum: Nehmen wir diesen Rekordhaushalt des Freistaates Bayern, vorgesehen im Einzelplan 03, an – ja oder nein –, um die innere Sicherheit in Bayern hochzuhalten? – Das ist die Frage, die sich heute stellt.

Ich zitiere immer gerne Wilhelm Busch: "Ein Onkel, der Gutes mitbringt, ist besser als eine Tante, die bloß Klavier spielt." – Ich darf feststellen: Im Klavierspielen ist die Opposition einsame Spitze.

(Beifall bei der CSU)

Bei Einweihungen und bei Spatenstichen wird immer gerne davon gesprochen, wie großzügig der Landtag ist. Bei Empfängen, bei sonstigen offiziellen Ereignissen wird gelobt und gepriesen. Da passt kein Blatt Papier zwischen das anwesende Mitglied der Staatsregierung und die Kollegin und den Kollegen der Opposition, man muss auf dem Pressebild drauf sein; es ist also alles ganz wichtig.

Aber, liebe Freunde, heute bei der Haushaltsberatung, wenn die Gelder beschlossen werden sollen, duckt man sich weg. Öffentlichkeitswirksam draußen vor Ort begleiten, Loben und Preisen – da sind wir dabei! Aber den Haushalt ablehnen. Bei Einweihungen Klavier spielen und bei Demonstrationen den Mittelfinger zeigen: ich glaube, das kann man durchaus als Janusköpfigkeit bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Der Volksmund sagt: Wer gackert, der muss auch Eier legen. – Ich stelle fest: das Gackerkloppt überall bestens.

(Heiterkeit bei der CSU)

Doch innere Sicherheit ist nicht mit Gackern zu erreichen. Innere Sicherheit braucht Anstrengungen, Unterstützung und Geld. Wir, die Regierungsfractionen, strengen uns an, und wir unterstützen die innere Sicherheit nicht nur finanziell, sondern auch ideell. Wir stellen dafür Geld zur Verfügung.

Wir sind für innere Sicherheit in Bayern und sagen deshalb Ja zu den Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Ehrenamt für die innere Sicherheit engagieren. Wir sagen auch Ja zu den Bürgerinnen und Bürgern, die im Hauptamt bei Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehren für die innere Sicherheit arbeiten. Wir sagen insgesamt Ja zur großartigen Struktur der inneren Sicherheit in Bayern. Wir wollen diese erhalten und sagen deshalb Ja zum Einzelplan 03.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Als Nächste hat die Abgeordnete Gülseren Demirel für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Als ich hier der Haushaltsdebatte zugehört habe, bei der der Kollege Vogel und auch der

Kollege Pohl zum Thema Integration enthusiastisch erklärt haben, was alles Tolles für die Integration gemacht werde und wie viele Millionen dafür ausgegeben würden, habe ich mir die Frage gestellt: Habe ich denselben Entwurf gelesen? Kann es sein, dass es zwei unterschiedliche Haushaltsentwürfe gibt? – So unterschiedlich kann man doch den gleichen Haushaltsentwurf nicht interpretieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aus einem einfachen Grund nicht möglich sein: Im Haushaltsentwurf sind beim Thema Integration als große Posten Anker-Zentren, Landesamt für Asyl und Rückführungen und Abschiebegefängnisse aufgeführt. Natürlich funktionieren Anker-Einrichtungen nur mit Personal. Natürlich gehört zu Anker-Einrichtungen auch soziale Beratung wie zum Beispiel die Asyl- und Migrationsberatung. Das alles verursacht Kosten, sehr große Summen. Wenn ich diese Maßnahmen auf das gesamte Bayern mit sieben Regierungsbezirken ausdehne, macht das in der Summe einige Millionen aus. Die Frage ist aber: Ist das wirklich Integration? Oder dürfte man dabei den Begriff Integration gar nicht in den Mund nehmen? Wenn man es nämlich tut, zeigt man, mit welcher Haltung man Integration umsetzen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Konzept, eine Struktur und eine Steuerung von Integration finde ich in diesem Haushalt nicht. Was ist mit Sprachkursen? Was ist mit Arbeitsmarktqualifizierung für Frauen? Welche Integrationsmaßnahmen sind für Kinder im Vorschulalter vorgesehen? Und, und, und!

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dreml (CSU))

– Es mag sein, Frau Kollegin, dass Sie da ein Projekt aufgezogen haben, das Ihr Kollege Vogel hier auch erwähnt hat. Ich rede aber vom Land Bayern, ich rede von der Strategie für die Integration. Mit welchen Zielvorgaben wollen Sie die Integration in

diesem Bundesland umsetzen? Wir brauchen nicht nur da und dort ein paar Projekte zur Integration. Damit brauchen Sie sich nicht zu rühmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fatal und schlimm ist Folgendes: Wenn Sie von der Presse danach gefragt werden, was Sie für Integration tun, stellen Sie sich hin und zählen diese Millionen und Milliarden auf, die Sie für Integration zur Verfügung stellen. Dabei vergessen Sie aber, dass die Menschen, die in den Anker-Zentren leben, diese Einrichtungen gar nicht haben wollen und darunter auch gar nicht Integration verstehen.

Im Haushaltsentwurf lese ich, dass in den nächsten zwei Jahren knapp 14 Millionen Euro für das Abschiebegefängnis am Münchner Flughafen vorgesehen sind. Das muss man sich einmal vorstellen. Ich rege mich darüber nicht nur wegen des falschen Verständnisses von Integration auf, sondern ich rege mich darüber auch als Steuerzahlerin auf. Aktuell zahlen wir an den Münchner Flughafen monatlich 420.000 Euro Miete. Wissen Sie, wie viele Abschiebehäftlinge seit dem letzten September bis Februar 2019 in diesem Abschiebegefängnis waren? – 63! Für 63 Personen, die sich dort knapp innerhalb eines halben Jahres aufgehalten haben, zahlen wir monatlich 420.000 Euro. Wenn ich das auf die einzelnen Personen umrechne, müsste sich bei Ihnen der Bund der Steuerzahler melden und sagen, so geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen wir? – Wir weiten diese Maßnahmen auch noch aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Integration debattieren, lassen Sie uns doch sachlich debattieren. Lassen Sie uns gemeinsam die Probleme, die es bei der Integration in diesem Land gibt, lösen. Richtige Modelle und richtige Antworten gibt es doch. Ich nenne Ihnen dafür zwei Beispiele.

Das erste Beispiel ist Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg hat einen Integrationspakt mit den Kommunen geschlossen. Hinter diesem Pakt steht eine Stra-

ategie. Da macht man nicht dort und dort ein Kleckerchen. Da gibt es eine Gesamtstrategie, die auch die Kommunen unterstützt und für die das Land Geld zur Verfügung stellt. Das Land Baden-Württemberg stellt dafür 320 Millionen zur Verfügung. Jeder und jede von uns weiß, dass Integration in der Kommune stattfindet.

Als weiteres Beispiel nenne ich Ihnen Hessen. Hessen hat eine Strategie aufgestellt, die sich "Landesprogramm WIR" nennt. Auch in Hessen werden die Kommunen von der Landespolitik mit klaren Zielvorgaben und auch finanziell unterstützt, sodass man gemeinsam agiert. Lassen Sie uns doch darüber diskutieren; sagen Sie nicht, wir zahlen Millionen, bei denen im Haushalt nicht ersichtlich ist, für welche Maßnahmen außer den von mir genannten sie vorgesehen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir die Aufwandspauschalen für ehrenamtliche Deutschlehrer zurücknehmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Für ehrenamtliche Deutschlehrer haben wir 500 Euro zur Verfügung gestellt, die jetzt wieder zurückgenommen werden. Jetzt aber sagen Sie, wir geben doch so viel Geld für die Integration aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, verkaufen Sie die Leute nicht für dumm, bleiben Sie auf dem Teppich!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Demirel. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Richard Graupner für die AfD-Fraktion das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ist die vornehmste Pflicht des Staates. Die bayerischen Bürger dürfen erwarten, dass der Staat dafür alle seine finanziellen Möglichkeiten ausschöpft. Wir, die AfD, stehen für einen starken Staat und eine starke Polizei. Eine starke Polizei ist gerade nicht eine autoritäre Polizei, wie es gerne von der

linken Seite dargestellt wird. Eine starke Polizei ist dort, wo der schwache Teil der Bevölkerung Schutz braucht, und zwar rund um die Uhr und an jedem Tag im Jahr.

Die bayerische Polizei leistet hervorragende und professionelle Arbeit. Sie kann ihre Aufgaben aber nur so gut erfüllen, wie es die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zulassen. Die Frage ist: Werden die politischen Weichenstellungen im Haushalt den Anforderungen an eine umfassende Sicherheit der Bürger gerecht?

Unsere Anträge auf eine Stellenmehrung bei der Polizei gehen über die der Staatsregierung deutlich hinaus. Sie sind kein einfaches Draufsatteln, wie es die Opposition immer leicht fordern kann. Unsere Anträge sind wohl begründet und den täglichen Anforderungen an die Sicherheitslage geschuldet.

Mit dem letztjährigen Aktionismus hat die Staatsregierung zudem die Weichen falsch gestellt. Sie hätten darauf drängen müssen, dass die bayerischen Grenzen von der dafür zuständigen Bundespolizei in ausreichender Stärke geschützt werden; dadurch wären bei der bayerischen Polizei Kapazitäten dafür freigeworden, den illegalen Aufenthalt im Landesinneren zu bekämpfen und die Dienststellen in der Fläche personell zu verstärken.

(Beifall bei der AfD)

Anders als noch vor 10 oder 20 Jahren sind wir heute mit islamistischen Gefährdern konfrontiert, deren Überwachung einen enormen Personalbedarf bedingt. Wir haben einen demografischen Wandel in der Bevölkerungsstruktur. Der Anteil junger Männer, die in den Kriminalstatistiken der ganzen Welt mit Abstand die höchste Straffälligkeit aufweisen, ist insbesondere seit 2015 stark gestiegen. Die offenen Grenzen ermöglichen es zwielichtigen Personengruppen nach wie vor, unkontrolliert nach Deutschland einzureisen.

Diese unbestreitbaren gesellschaftspolitischen Veränderungen schlagen unmittelbar auf die Polizei durch. Die Sollstellenberechnungen der Dienststellen, die ohnehin

kaum erreicht werden, stammen noch aus ruhigeren Zeiten. Zudem bildet die PKS, die Polizeiliche Kriminalstatistik, nicht die tatsächliche Kriminalität ab, sondern lediglich die zur Anzeige kommenden Straftaten. Ein feines Gespür der Bürger für die tatsächliche Sicherheitslage führt zudem zu Vermeidungsstrategien, die in keiner Statistik abgebildet werden können. Wenn Frauen zum Beispiel nicht mehr zu bestimmten Veranstaltungen gehen oder zu bestimmten Zeiten nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, dann kommt das zwar der PKS zugute, ist aber gleichzeitig ein nicht akzeptabler Verlust an Freiheit für unsere Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Der Polizeibeamte, der wieder einmal eine ganze Nachtschicht lang Prioritäten setzen und entscheiden muss, zu welchem Einsatz er zuerst fährt, der steuerzahlende Bürger, der auf die gerufene Polizei warten muss, weil die vorhandenen Einsatzkräfte bereits in anderen Einsätzen gebunden sind, ihnen allen muss es doch wie Hohn vorkommen, wenn die Staatsregierung Geld für unsinnige Prestigeprojekte wie die Reiterstaffel übrig hat, aber die Ressourcen für die tägliche Sicherheit am Limit angeknüpft sind. Hoch zu Ross lassen sich unsere Probleme jedenfalls nicht bewältigen.

Wenn Sie uns schon nicht glauben, dann sehen Sie sich die Forderungen der Polizeigewerkschaften an. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat in einem wirklich beachtenswerten Positionspapier dargelegt, warum allein bei der Kriminalpolizei, die weniger als 20 % der gesamten bayerischen Polizei ausmacht, sofort 700 zusätzliche Vollzugsstellen erforderlich sind und mittelfristig noch weitere 500 Stellen für unumgänglich gehalten werden. Hier wird sofort deutlich, dass die Praktiker aus dem täglichen Dienst einen Stellenbedarf sehen, der weit über den hinausgeht, den die Staatsregierung sieht.

Ich sage an die Adresse der Altparteien: Sie haben die Grenzkontrollen abgeschafft, ohne das Versprechen sicherer EU-Außengrenzen zu erfüllen. Sie waren Vollzugsgehilfen der rechtswidrigen Masseneinwanderung im Jahr 2015. Und Sie schaffen es

nicht, Straftäter, die sich zu Unrecht in Deutschland aufhalten, rigoros wieder außer Landes zu schaffen. Lassen Sie die Polizei und die Bürger nicht mit den Zuständen, die Sie zu verantworten haben, im Regen stehen, folgen Sie unserem Weg für eine starke Polizei und für ein lebenswertes Bayern, in dem alle Bürger sicher sind!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus Adelt für die SPD-Fraktion das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein reiches Land. Nirgendwo lebt es sich besser als in Bayern.

(Hans Herold (CSU): Sehr richtig!)

Bayern ist Primus, Bayern ist prima. Dem stimme ich zu; denn in Bayern wohnen und arbeiten fleißige Leute. Das sage ich hier klipp und klar.

In der Haushaltsdebatte neigen die Regierungsfaktionen dazu, ein blumiges Bild vom Regierungshandeln zu zeichnen. Dass die FREIEN WÄHLER als mehrheitsverlängernder Arm der CSU schnell gelernt haben, wurde heute bereits mehrfach dargestellt. Ich nenne ein Beispiel, das Landesamt für Asyl. Noch im letzten Jahr haben die FREIEN WÄHLER der CSU vorgeworfen, für jedes Versäumnis eine neue Behörde und einen neuen Wasserkopf zu schaffen. Schnell habt ihr euch arrangiert; denn dem Landesamt für Asyl habt ihr zugestimmt. Wären die vorhandenen Behörden und Ministerien personell gestärkt wurden, hätte es diesen neuen Wasserkopf nicht gebraucht. Aber hier herrscht die Symbolpolitik vor.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema sind die Strabs und die Strebs. Hier spreche ich besonders den kommunalpolitischen Großvisionär Bernhard Pohl an. Eines muss man Ihnen lassen:

Sie haben das Kunststück fertiggebracht, relativ schnell ein Wahlgeschenk umzusetzen. Zu spüren bekommen das die Gemeinden. Hier geht es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und den Umgang mit den Altfällen. Hier ist es nicht schlecht, wenn man rechnen kann. Diese 64 Millionen Euro sind in Zeiten einer schwachen Konjunktur entstanden, in denen die Kommunen wenig Geld hatten. Ich spreche hier aus 24 Jahren leidvoller Erfahrung und weiß, dass die Rechnung nicht hinhaut. Nötig sind nicht 150 Millionen Euro, sondern mindestens 300 Millionen Euro. Wo kommt dieses Geld her? – 150 Millionen Euro kommen vom Freistaat Bayern, den Rest bezahlen die Gemeinden, Herr Großvisionär.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen kennt sich kein Mensch mehr aus, wie die ganze Sache funktioniert. Das ist ein großer Erfolg! Klasse! Beifall! – Aber so geht es nicht. Bei den Altersschließfällen wurde die Konnexität außer Acht gelassen. Den Kommunen wurde gesagt: Ihr könnt, aber ihr müsst nicht. Den Gemeinden fehlt inzwischen ein Heidengeld. Das ist ein Riesenproblem.

Die Erhöhung der Verbundquote wurde vonseiten der SPD immer wieder gefordert. Bei den Schwimmbädern besteht ein riesiger Investitionsstau. Bayern schwimmt im Geld, aber die Schwimmbäder sind in weiten Teilen sanierungsbedürftig. Die Spitzenverbände haben den Bedarf auf 1 Milliarde Euro geschätzt.

(Alexander König (CSU): Die Gemeinden haben die Schwimmbäder verlottern lassen wie in Selbitz!)

– Kollege König, das machen wir untereinander aus. Andere Städte und Gemeinden bekommen vom Freistaat etwas geschenkt, die anderen können ihre Schwimmbäder nicht halten, weil sie schlecht gebaut waren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ruhe, jetzt bin ich dran.

(Beifall bei der SPD)

Im Bundesprogramm für die kommunalen Schwimmbäder wurden 200 Projekte beantragt, 24 davon wurden bewilligt. Das Programm war um das Zwanzigfache überzeichnet. Deshalb fordern wir, dass die Gemeinden bei der Verbundquote besser ausgestattet werden. Dann könnte so manches Förderprogramm eingedampft und Bürokratie gespart werden. Das Programm zur energetischen Sanierung ist dringend fortzusetzen. – Dann komme ich zu unserem Änderungsantrag für die untere Naturschutzbehörde. 55 Stellen wurden gefordert, 8 Stellen wurden zugesagt. Wir fordern deshalb 47 neue Stellen. Es ist nicht damit getan, Programme wie "Rettet die Bienen" oder "Rettet die Stechmücken" umzusetzen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Klaus Adelt (SPD): Herr Muthmann hat auch länger geredet. Jetzt spreche ich zu Ende und komme zum Schluss. Wir brauchen einen Haushalt für die Städte und Gemeinden, durch den sie befähigt werden, in ihre Infrastruktur und Einrichtungen zu investieren. Das halten wir für unerlässlich.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, keiner hat so lange geredet wie Sie. Kommen Sie bitte zum Ende.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Ländner, wir stimmen vielen Teilen dieses Haushalts zu, aber diesen Teil lehnen wir ab. Herzlichen Dank, das war mein letztes Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Hause und draußen im Lande, liebe Bürger!

Das Haushaltsrecht ist das edelste Recht des Parlaments. Das Parlament entscheidet, ob der König das bezahlen kann, was er sich vorgestellt hat. So ist es auch bei uns in Bayern.

Wenn ich auf die vielen vergangenen Jahre zurückblicke, kann ich in der Gesamtschau feststellen, dass Bayern immer einen soliden Haushalt vorgelegt hat. Natürlich waren nicht immer alle damit zufrieden. Auch heute sind nicht alle damit zufrieden. Im Wesentlichen wurde aber alles richtig gemacht. Das gilt auch für den vorliegenden Haushaltsplan, den wir heute und in den nächsten beiden Tagen erörtern werden.

Mit dem Haushalt werden Schulden getilgt. Das war auch so versprochen. Und mit diesem Haushalt wird investiert, obwohl sich bereits Konjunkturprobleme abzeichnen. Diese Investitionen sind sehr wichtig. Mit dem Haushalt werden auch die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Der wichtigste dieser Schwerpunkte ist die Bildung. In einer Zeit, in der Industrie abgebaut wird und in der es mit der Realwirtschaft im Verhältnis zur Finanzwirtschaft nicht richtig vorangeht, ist es wichtig, das geistige Kapital in unserem Lande zu fördern. Das ist mit der Bildung und der Digitalisierung sehr gut zu erreichen. Dies tut die Bayerische Staatsregierung. Dafür gebührt ihr Lob und Anerkennung.

Alle Jahre wieder hören wir, dass die innere Sicherheit ein wichtiger Aspekt ist. Auch heute wurden dazu sehr pathetische Worte gesprochen. Dieser Stellenwert ist schön und gut. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es jedoch, darüber zu wachen, dass wir das Bürgervertrauen rechtfertigen und die Finanzmittel richtig eingesetzt werden. Da haben Sie im letzten Jahr einen großen Fehler gemacht. Sie haben ein Polizeiorganisationsgesetz beschlossen, und in dieses Gesetz haben Sie eine Aufgabe geschrieben, die Sie hätten gar nicht hineinschreiben dürfen, nämlich die Erfüllung von grenzpolizeilichen Aufgaben. Es geht um die Überwachung der Grenze, so steht das drin, und um die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs einschließlich der Prüfung der Grenzübertrittspapiere. Das ist schier rechtswidrig; denn nach wie vor steht Ihnen das Gesetzgebungsrecht für diesen Bereich nicht zu. Das gehört nämlich

zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. Der Bund hat sich hier ein Gesetz gegeben, und er hat die Bayern nicht ermächtigt, sich ein eigenes Gesetz zur Implementierung einer Grenzpolizei zu geben. Damit verschleudern Sie Haushaltsmittel für etwas, was nichts bringt; denn die Grenzpolizisten, die Sie vorsehen, dürfen das, für was Sie sie vorsehen, an der Grenze gar nicht tun, nämlich Grenzen zu kontrollieren. Das dürfen sie nur, wenn der Bund Sie um Unterstützung bittet.

Diese 1.000 Polizisten und die vielen Sachaufwendungen, die erforderlich sind, um so eine Einheit innerhalb der Landespolizei Bayern wirklich zum Laufen zu bringen, hätte man besser verwenden können. Sie haben noch die Möglichkeit, hier umzudrehen, zu sagen: Nein, aber das war einen Versuch wert. – Vielleicht war es auch nur eine Schnapsidee. Auf jeden Fall ist es mein Appell, dass Sie diesen Gag der Bayerischen Staatsregierung umkehren und die Grenzpolizei, so wie das heute schon gefordert wurde, abschaffen. Die Beamten, die Sie im Haushalt ausweisen, sollten in die Landespolizei integriert werden, und zwar dort, wo sie am nötigsten sind. Ob das in der Fläche ist, ist eine andere Frage. Ich meine, die Polizisten müssen dorthin, wo die meiste Arbeit und die größten Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Da vertraue ich voll und ganz auf das Innenministerium. Die Fachleute dort werden das schon wissen und herausfinden. Mein Appell ist also: Lösen Sie diese Truppe auf. Machen Sie es künftig richtig. Lassen Sie nicht Aufgaben in Gesetze schreiben, die der Fantasie entspringen, aber nicht der Realität, Aufgaben, die nicht der gesetzlichen, der verfassungsmäßigen Ordnung und auch nicht der bundesstaatlichen Ordnung entsprechen. Halten Sie sich an das föderalistische Prinzip, wonach Sie nur für das zuständig sind, was Ihnen das Grundgesetz zuschreibt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Damit komme ich jetzt zum Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Ich erteile als Vertreter der Staatsregierung das Wort Herrn Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist nicht nur Ausdruck von Bürgerfreundlichkeit, sondern sie ist auch – und das spüren wir in Bayern jeden Tag – ein immenser Standortvorteil. Das ist sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht, sie ist es aber vor allen Dingen für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der vorliegende Haushalt umfasst die gesamte innere Verwaltung, nicht nur das Personal im Ministerium, an den Regierungen, an den Landratsämtern und in vielen weiteren Behörden. Übrigens umfasst er auch die Mitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die derzeit unter einer großen Zahl von Verfahren leiden und deshalb sehr viel Arbeit zu bewältigen haben. Sie leisten Großartiges. – Deshalb möchte ich mich zu allererst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, ganz speziell aber bei denen der inneren Verwaltung in Bayern, für die großartige Arbeit herzlich bedanken. Es ist richtig, deren Arbeit durch einen guten Haushalt zu unterstützen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht für das Innenministerium immer die innere Sicherheit im Fokus. Sie erfährt besondere Aufmerksamkeit und besonderes Interesse der Öffentlichkeit. Heute kann ich erneut feststellen, auch nach den in den letzten Monaten veröffentlichten Daten aus allen Bundesländern: Bayern war im Jahr 2018 wieder das sicherste aller Bundesländer. Die Kriminalstatistik belegt das klar. Wenn man die Straftaten in Relation zu der Einwohnerzahl setzt, dann ist Bayern schon seit Jahren – und das war es auch im vergangenen Jahr – das sicherste aller Bundesländer. Gerade im Hinblick auf die engagierten Beiträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN darf ich feststellen: Es ist einfach Fakt – und das zeigen die Zahlen aus diesen Ländern selbst –, dass überall, wo SPD und GRÜNE regieren, die Kriminalität höher ist als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist Fakt, da können Sie sich nicht herausreden, meine Damen und Herren. Ja, in Bayern lebt man sicherer als anderswo. Das ist das Ergebnis einer insgesamt positiven Entwicklung in unserem Land, es ist aber auch dem großartigen Engagement unserer Polizei zu verdanken. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle ein ausdrückliches Dankeschön für die großartige Arbeit, die alle Kolleginnen und Kollegen aus unserer bayerischen Polizei Tag und Nacht in diesem Land leisten. Nur deshalb können wir sicherer leben als anderswo.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Tat ist es aber schon bemerkenswert, dass man das jetzt umdreht und fragt: Wozu müssen wir jetzt noch zusätzlich in die Polizei investieren? – Genau deswegen sind wir das sicherste Land, und deshalb sind wir es über die letzten Jahre auch geblieben, weil wir uns nie auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausgeruht haben, weil wir nie sagen: Naja, dann passt es ja. – Wir bemühen uns stattdessen ständig weiter um noch mehr Sicherheit für unsere Mitbürger. Hundertprozentige Sicherheit kann niemand garantieren. Das sage ich immer wieder. Ein Scharlatan wäre einer, der sagt: Ich habe ein Konzept, dass überhaupt nichts mehr passiert. – Das gibt es nirgends auf der Welt. Sich aber ständig um noch mehr Sicherheit für die Menschen zu bemühen, das ist in der Tat unser Selbstverständnis. Das ist unser Auftrag. Das ist nach meiner festen Überzeugung der Kernauftrag eines funktionierenden modernen Rechtsstaates. Es ist mit die wichtigste Aufgabe eines Staates überhaupt, sich um die Sicherheit seiner Mitbürger zu kümmern, und zwar nach außen wie nach innen. Das ist die Grundlage der Politik dieser Staatsregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb investieren wir in der Tat weiter in die Sicherheit. Wenn man das Personaltableau anschaut, das diesem Haushaltsentwurf zugrunde liegt, der Ihnen zur Abstim-

mung vorliegt, dann war die bayerischen Polizei zu Beginn dieses Jahrzehnts im Jahr 2010 noch bei etwa 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Zahl wächst jetzt auf über 43.000 im Laufe dieses Doppelhaushalts. Wir haben in der Koalition klare Beschlüsse gefasst, die Zahl in den folgenden Jahren – 2021, 2022 und 2023 – noch weiter wachsen zu lassen. Das bedeutet im Ergebnis über sieben Jahre hinweg einen Zuwachs von über 3.500 Stellen für die bayerische Polizei. In der Tat, das ist deutschlandweit einmalig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da sehen wir, welche Prioritäten wir in Bayern für die Sicherheit setzen. Es ist schön, wenn Ihnen zu diesem Thema letzten Endes nichts anderes mehr einfällt, als an der Grenzpolizei herumzunörgeln. Letztendlich haben Sie folglich an der ganzen Arbeit der Polizei und an den Schwerpunkten, die die Staatsregierung setzt, keine ernsthafte Kritik vorzubringen.

Nun will ich einfach nur einmal zur Relation die Zahlen festhalten: Unter diesen gegenwärtig vorhandenen rund 42.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei sind rund 37.000 Polizeivollzugsbeamte und vollzugsdienstunterstützende Beamte, Techniker und Arbeitnehmer. Von diesen 37.000 gehören gegenwärtig genau 600 der Grenzpolizei an. Das sage ich nur, damit man einen Maßstab hat und richtig sieht, worüber eigentlich geredet wird. Unter diesen 600 sind auch diejenigen, die schon in den letzten Jahren die Schleierfahndung durchgeführt haben. Die verstärken wir jetzt zusätzlich. Sie machen weiterhin Schleierfahndung und kontrollieren an der Grenze. Sie wissen ganz genau, auch wenn Sie in solchen Debatten immer wieder versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken, dass nur dort Grenzkontrollen stattfinden, wo das ausdrücklich von der Bundespolizei angefordert ist. Das ist mit dem Bundesinnenministerium vereinbart, so beispielsweise an den Flughäfen in Nürnberg und in Memmingen. Schauen wir doch mal, wie wir das in Zukunft regeln. Aber auch alle unmittelbaren Grenzkontrollen wie beispielsweise am Grenzübergang Kiefersfelden oder am Walserberg Richtung Salzburg oder bei Passau finden in enger Absprache mit dem Bund

statt. Deshalb kann an der Rechtmäßigkeit dieser Kontrollen überhaupt kein Zweifel bestehen.

Nun sagen Sie, Sie würden diese Leute lieber im Inland verteilen. Ich versuche, die Statistik regelmäßig vorzulegen. Was ist denn das Ergebnis der Grenzkontrollen und der Schleierfahndung? – Jeden Tag werden Leute, die Drogen dealen oder Drogen transportieren, an der Grenze festgenommen. Jeden Tag wird festgestellt, dass jemand illegal Waffen schmuggelt. Jeden Tag werden Leute festgenommen, gegen die schon lange ein Haftbefehl vorliegt, aber die noch nie, egal ob in Italien, Spanien, Frankreich oder sonstwo, in die Maschen der Polizei geraten sind. Aber bei diesen Grenzkontrollen werden sie aufgegriffen und festgenommen, meine Damen und Herren. Jetzt erklären Sie mal den bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ernsthaft, dass Sie sagen, es sei besser, diese 600 Beamte über das ganze Land Bayern zu verteilen, als sie an der Grenze einzusetzen, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Es ist für die Sicherheit der Menschen wesentlich besser, wenn solche kriminellen Drogendealer oder Waffenschmuggler oder sonst wer schon an der Grenze festgenommen werden,

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

bevor sie ins Land einreisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie können doch den Leuten nicht ernsthaft erklären, es sei besser, wenn die erst ins Land einreisen und wir dann nach ihnen suchen. Das ist doch völlig absurd.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Meine Damen und Herren, es ist auch bemerkenswert, wenn Frau Schulze von den GRÜNEN

(Alexander König (CSU): Wer sonst?)

einerseits zunächst sehr wohlfeil erklärt, dass sie sich über Ehrenamt und couragiertes Auftreten von Mitbürgerinnen und Mitbürgern freut, andererseits aber anschließend erklärt, dass sie die Sicherheitswacht abschaffen will. Was ist denn die Sicherheitswacht anderes als gegenwärtig etwa 1.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern, die sich freiwillig bereit erklärt haben, in der Verantwortung der jeweiligen örtlichen Polizeiinspektion in der Sicherheitswacht durch Streifengänge und Ähnliches mehr ihren persönlichen Beitrag zu noch mehr Sicherheit in unserem Land zu leisten? Dazu stehen wir. Das kostet ein bisschen Ausstattung. Ansonsten ist das ein großartiges ehrenamtliches Engagement. Deshalb sage ich Ihnen: Ja, wir freuen uns in der Tat über couragiertes Auftreten. Wir freuen uns, wenn sich Menschen gegenseitig helfen. Aber wir freuen uns auch, wenn sich Menschen in der Sicherheitswacht engagieren. Wir werden das weiter ausbauen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir auch insgesamt weiter in unsere Polizei investieren. Ich will von den Zahlen des Sachhaushaltes für die Polizei hier festhalten: Im Jahr 2013 hatten wir noch einen Gesamtetat für Sach- und Bauausgaben der Polizei von 342 Millionen Euro. In diesem Jahr 2019 wird dieser Etat, wenn Sie dem anschließend zustimmen, auf 554 Millionen Euro steigen. Es ist wiederum deutschlandweit einmalig, was wir in Bayern für unsere Polizei und für die Sicherheit der Menschen ausgeben. Ich möchte mich ausdrücklich beim Haushaltsausschuss für die konstruktiven Beratungen bedanken. Wir stellen in diesem Haushalt einen neuen Rekord für die Sicherheit in Bayern auf. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Sicherheit in unserem Land gehört auch das große Aufgabenfeld der Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes. Über 450.000 Männer und Frauen in Bayern engagieren sich in den Feuerwehren und den Rettungsdiensten. In

diesen Organisationen sind rund 20.000 Personen hauptamtlich tätig. Darüber hinaus engagieren sich etwa 430.000 Personen ehrenamtlich. Das ist phänomenal. Auch da sind wir übrigens wieder vorn. Ich kann Ihnen die Fakten nicht ersparen. Aber die wollen Sie ja immer nicht wahrhaben. Objektive Zahlen werden von diesen Organisationen gemeldet. Schauen Sie sich die Statistiken an: Deutscher Feuerwehrverband; schauen Sie sich die Statistik des Deutschen Roten Kreuzes an. Obwohl es ein Bundesland gibt, das bevölkerungsstärker ist als wir, ist Bayern das Bundesland mit den meisten freiwilligen Feuerwehrleuten unter allen 16 Bundesländern. Bayern ist das Land mit den meisten Rotkreuzlern unter allen Bundesländern. Wir sind auch im Bereich des Ehrenamtes in diesen Rettungsorganisationen insgesamt unheimlich stark. Auch dafür sage ich all den Männern und Frauen, die sich dort Tag und Nacht engagieren, ein ganz herzliches Dankeschön. Auch das trägt zu unserer Sicherheit ganz wesentlich bei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darum ist es auch notwendig und richtig, aber auch ein großartiger Fortschritt, dass, nachdem wir im vergangenen Jahr für den Bereich "Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz" im Staatshaushalt 106 Millionen Euro vorgesehen hatten, dieser Betrag jetzt in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf auf 174 Millionen Euro im Jahr 2019 ansteigt. Das ist eine Rekordsumme, die höchste Summe, die jemals für Feuerwehren, Rettungsorganisationen und den Katastrophenschutz in Bayern bereitgestellt worden ist. Auch das ist ein ganz starkes Zeichen, dass wir über diesen Bereich nicht nur gut reden und ihm dankbar sind, sondern ihn auch kräftig unterstützen. Das ist eine Leistung dieser Koalition und dieser Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt schließlich auch für den Sport. Er ist in der Tat für manchen die schönste Nebensache der Welt, ist aber auch der Bereich, wo sich mehr Bürger als in

vielen anderen Bereichen engagieren. Fünf Millionen Menschen sind in Bayern Mitglieder in Sportvereinen. Das zeigt, wie wichtig Sport im täglichen gesellschaftlichen Leben unseres Landes ist. Viele engagieren sich auch sportlich, ohne dass sie besondere Vereinsformen brauchen. Aber wir wissen, wie sehr das gesellschaftliche Leben in vielen, gerade kleineren Gemeinden in unserem Land von dem engagierten Wirken eines Sportvereins mitgeprägt wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Sportvereinskultur mit ihrem großartigen ehrenamtlichen Engagement, das wir in unserem Land haben, unterstützen.

Auch da darf ich mir den Hinweis erlauben: Im Jahr 2014 lag der Etat für die Sportvereine noch bei 46,9 Millionen Euro. In diesem Jahr, 2019, wächst er auf 90,5 Millionen Euro und im nächsten Jahr, 2020, auf 97,3 Millionen Euro. Auch das sind absolut neue Rekordsummen. So viel ist in der Vergangenheit für die Förderung der Sportvereine in Bayern auch nicht annähernd zur Verfügung gestellt worden. Wir wollen damit ganz gezielt eine höhere Zuschussförderung beispielsweise für die Investitionen in den strukturschwächeren Regionen ermöglichen. Wir werden alsbald einen Vorschlag vorlegen, wie diese erhöhten Zuschüsse verteilt werden können. Ich freue mich darüber, dass es angesichts der momentanen Haushaltssituation möglich ist, auch für den Sport deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Auch das wird der gesamten nicht nur sportlichen, sondern auch gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land guttun. Vielen Dank auch dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich will ich deutlich unterstreichen – das ist jetzt in der Tat erstmals neu in diesen Haushalt, in den Haushalt des Innenministeriums, eingebracht –, dass wir schnelle Asylverfahren und rasche Rückführungen anstreben, aber auch in die gelingende Integration investieren wollen. Vorhin ist vonseiten der AfD das Thema der freiwilligen Ausreise angesprochen worden. Wir sind im Bereich der freiwilligen Ausreise schon gut. Wir wollen noch stärker werden. Wir sind heute schon in der Situation, dass drei- bis viermal so viele Personen, die hier nicht auf Dauer bleiben können, freiwillig aus-

reisen, drei- bis viermal mehr als solche, die wir am Schluss abschieben müssen. Es ist unser Ziel, das noch weiter zu verstärken, weil es für alle Beteiligten wesentlich angenehmer und einfacher ist, wenn jemand unser Land freiwillig verlässt, als wenn wir das notfalls mit Polizeieinsatz erzwingen müssen.

Das Gerede der AfD in diesem Bereich kann ich allerdings nicht ganz ernst nehmen; denn wenn ich mich an die Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss richtig erinnere, lag zur Beratung im Haushaltsausschuss der Änderungsantrag der AfD vom 20. März vor, der eine Erhöhung der Mittel für die freiwillige Rückkehr vorsah, nämlich für das Jahr 2019 von einer Million um zwei Millionen Euro auf drei Millionen. Das Interessante war, dass acht Tage später, am 28.03., die gleichen Antragsteller der AfD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht haben, in dem der gesamte Ansatz ersatzlos gestrichen werden sollte. Meine Damen und Herren, dies ist ein bemerkenswertes Beispiel für die inhaltliche Stringenz, mit der in dieser Fraktion an diesem Thema gearbeitet wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage nur: Mir ist es wichtig, dass wir über die Fragen der Rückkehr hinaus vor allen Dingen in puncto Integration erfolgreich sind. Ich betone hier ausdrücklich: Wir sind das Land der gelingenden Integration. Auch da kann ich nur immer wieder appellieren. Ich höre die wunderbaren Beiträge gerade auch vonseiten der GRÜNEN gerne. Aber auch da empfehle ich dringend, sich neben den Wünschen auch mit den Fakten zu beschäftigen. Da sagen bundesweite Statistiken zum Beispiel: Zur Integration gehört die Beschäftigung von ausländischen Mitbürgern auf dem Arbeitsmarkt. Ja. Was sagt da die bundesweite Statistik? Die Arbeitslosigkeit von ausländischen Mitbürgern ist in keinem Bundesland so niedrig wie in Bayern. Ich muss Ihnen wie bei der Kriminalität, auch hier sagen: In jedem Bundesland, in dem GRÜNE und SPD regieren, ist die Arbeitslosigkeit von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wesentlich höher als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist Fakt, meine Damen und Herren; das ist Fakt.

Ich werfe Ihnen nicht vor, etwas anderes zu wollen. Das ist gar keine Frage. Sie würden sich wünschen, dass das anders wäre. Sie wollen aber nicht wahrhaben, dass die Politik, die wir in Bayern betreiben, zu einer besseren Integration am Arbeitsmarkt führt als das, was Sie anderswo an Träumen und Wunschvorstellungen verbreiten. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen uns an den Fakten messen, meine Damen und Herren. Ich darf deshalb zusammenfassend feststellen: Wir wollen weiterhin kräftig in die Sicherheit, aber auch in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern investieren. An dieser Stelle gebührt den rund 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenressorts und auch den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften, die sich täglich mit großem Einsatz – in direktem Kontakt oder im Hintergrund – für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren, aufrichtiger Dank. Die hohe Qualität auch dieser Arbeit muss uns die bestmögliche Ausstattung an Stellen- und Ausgabemitteln wert sein.

Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2019/2020 und der Nachschubliste zum Einzelplan 03 zuzustimmen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir unsere Spitzenposition – nicht in allen, aber doch in sehr vielen Bereichen – auch in diesem Jahr fortführen können. Das ist im Interesse des Wohls aller Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, mir liegen drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Christian Flisek für die SPD-Fraktion das Wort.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Staatsminister Herrmann, man könnte zu der Rede jetzt vieles sagen. Ich möchte jedoch nur aufgreifen, was Sie gleich am Anfang gesagt haben.

Es ist ja das eine, Bayern dafür zu loben, dass es das sicherste Land ist. Da haben Sie bei allen Bemühungen, die wir nachvollziehen und mittragen können, auch unsere volle Unterstützung. Sie aber hier hinzustellen und zu behaupten, dass überall dort, wo Rot-Grün regiert, die Sicherheitslage katastrophal schlecht sei – –

(Widerspruch des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Nein, nein, Sie haben gesagt, überall, wo Rot-Grün regiert, ist es schlecht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Sie haben im Übrigen nicht gesagt, dort sei es schlechter als in Bayern, sondern Sie haben in Ihrer Rede den Eindruck erweckt, überall, wo Rot-Grün regiere, sei es um die Sicherheit schlecht bestellt.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Petra Guttenberger (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Sie wissen ganz genau, dass die Kriminalitätsstatistik aller Bundesländer ein weit differenzierteres Bild darstellt. Sie wissen ganz genau, dass es in der Spitzengruppe der sichersten Länder solche gibt, die schwarz regiert sind, die grün regiert sind, die rot regiert sind. Sie wissen auch, dass die Regierungen der Länder in der unteren Hälfte allen Parteien zuzurechnen sind. Sie wissen genau, dass es vor Ort jeweils sehr spezifische Probleme gibt.

Hier also so zu tun, als könne man dies holzschnittartig auf Parteipolitik runterbrechen, dazu sage ich Ihnen ganz offen: Sie haben selber gesagt, es geht nicht um Wünsche, es geht um Fakten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Flisek, ich muss Sie aber bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich wäre sehr froh darüber, wenn Sie sich an diese Fakten auch halten würden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege, Sie werden sehr rasch Gelegenheit haben, im Protokoll noch mal nachzulesen, was ich gesagt habe. Ich formuliere das grundsätzlich niemals anders, weder hier noch in einem Bierzelt. Sie werden nachlesen können, dass ich gesagt habe, dass Bayern in der Tat die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer hat. Das ist auf das Verhältnis der Straftaten zur Einwohnerzahl bezogen. Das ist die Grundlage der PKS. In der Tat ist in allen Ländern, in denen von Rot oder Grün regiert wird, die Kriminalitätsrate höher als bei uns in Bayern.

(Zuruf)

Herr Kollege – Sie werden das im Protokoll nachlesen können –, ich habe niemals von katastrophal schlechten Zuständen in anderen Bundesländern geredet.

(Widerspruch des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

– Entschuldigung, Sie behaupten das jetzt. Das ist falsch. Da haben Sie eine Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe das nicht gesagt. Es nützt nichts, mich zu kritisieren, indem man mir etwas unterstellt, was ich überhaupt nicht gesagt habe. So kommen wir in einer seriösen Debatte nicht weiter, Herr Kollege!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Wieder was gelernt!)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Wir stellen Ihnen diese bundesweite Statistik gerne noch mal zur Verfügung. Ich habe diese bei der Pressekonferenz ja entsprechend dargestellt. Inzwischen ist die Statistik für alle Bundesländer da. Wir machen keinen Hehl daraus, dass das nächstbeste Land in der Tat seit vielen Jahren unser Nachbar Baden-Württemberg ist, in dem die Sicherheitslage – Gott sei Dank – nach wie vor von einer jahrelangen Unionsregierung geprägt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Auch unter dem grünen Ministerpräsidenten haben sie da jetzt wieder einen CDU-Innenminister. Das ist in Ordnung. Ich mache daraus gar keinen Hehl. Aber es ist dort tatsächlich ein bisschen schlechter als bei uns. Dann kommen die anderen Länder. Wenn Sie sich das anschauen und zum Beispiel einmal München mit Hamburg vergleichen; das sind zwei Millionenstädte vergleichbarer Größenordnung: In Hamburg ist die Kriminalitätsrate fast doppelt so hoch wie in München. Das sind Fakten, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, wir haben weitere Wortmeldungen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ja.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Minister Herrmann,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bei aller Wertschätzung für Ihre Leistung als langjähriger Innenminister – ich kann mir ein Bild davon machen – sage ich wirklich anerkennend: Jawohl, Sie haben die Sicherheitslage im Griff und sind für Bayern und das Bundesgebiet ein Leuchtturm.

(Alexander König (CSU): Hat er das schon immer gesagt?)

Aber heute haben Sie doch versucht, Ihren Unterstützern, den Parlamentariern in der Regierungskoalition, etwas Sand in die Augen zu streuen und uns ein wenig das Problem zu vernebeln.

Niemand kritisiert die Arbeit der Polizei generell oder schlechthin. Auch niemand kritisiert die Arbeit derer, die Sie an die Grenze stellen, um dort irgendetwas zu machen. Wir kritisieren aber, dass die da nicht hingehören. Da stehen nämlich schon welche im blauen Rock, bloß mit einem anderen Hoheitsabzeichen. Die Leute, die Sie hinstellen, werden anderswo viel dringender gebraucht. Heute wurden sogar aus Ihren eigenen Reihen die Überstunden genannt. Nein, Herr Minister, wir wollen keine Diskussion um des Kaisers Bart vom Zaun brechen, sondern wir wollen eine Diskussion um einen wesentlichen Grundsatz: Aufgaben können aus bayerischen Haushaltsmitteln bezahlt werden, wenn sie rechtmäßig erfüllt und zugeschrieben sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Minister, die Frage haben Sie uns nicht beantwortet: Sagen Sie uns doch, wo die Rechtsgrundlage für eine Organi-

sationseinheit "Grenzpolizei" liegt, die dann eigenständig Grenzüberwachung, Grenzaufgaben, Grenzkontrollen wahrnehmen kann. Sie finden keine.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege Swoboda, ich stelle Ihnen gern noch mal das Schreiben des damaligen Bundesinnenministers de Maizière zur Verfügung, das wir damals auch publiziert hatten. In diesem Schreiben hatte er mich hinsichtlich der durch die Bundespolizei vorgenommenen Grenzkontrollen ausdrücklich um Unterstützung durch die bayerische Polizei gebeten, weil er aus seiner Sicht für eine umfassende Kontrolle rund um die Uhr allein an den drei Grenzübergängen nicht genügend eigene Kräfte hatte. Darum hatte er mich ausdrücklich gebeten. Deshalb ist, wie Sie wissen, zur ständigen Unterstützung der Bundespolizei unmittelbar an der Grenze zunächst einmal eine Hundertschaft der bayerischen Bereitschaftspolizei abgestellt worden. Dies geschah, immer abgesprochen, auf Aufforderung und mit ausdrücklichem Willen des Bundes dort, wo der Bund es für richtig hielt.

Ich habe damals entschieden, dieser Bitte des Bundesinnenministers Rechnung zu tragen, weil ich der Überzeugung bin, dass es für die Sicherheit der Menschen in unserem Land von Vorteil ist, die Bundespolizei bei ihrer Tätigkeit unmittelbar an der Grenze zu unterstützen. Das ist kein Ersatz für die Bundespolizei, sondern wir verstärken durch die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Deshalb habe ich das so entschieden, und dazu stehe ich auch nach wie vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Richard Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Staatsminister, Sie haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, dass die Grenzpolizei in den letzten Monaten und seit ihrem Bestehen ganz hervorragende Aufgriffszahlen hat. Sie haben aber ebenfalls erwähnt, dass die frühere Schleierfahndung, die Fahndungsdienststellen, in die Grenzpolizei integriert wurden. Mich hätte jetzt interessiert, ob sich die Aufgriffszahlen der Schleierfahndung signifikant von den jetzigen Zahlen unterscheiden oder ob es nicht vielmehr so ist, dass die Erfolge, die immer schon da waren, jetzt einfach mit dem Etikett "Grenzpolizei" versehen werden, obwohl sie eigentlich auf die Fahndungsstellen der Schleierfahndung zurückzuführen sind.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Wenn Sie meine Berichte sorgfältig lesen würden, wüssten Sie, dass ich immer darauf hinweise, dass weiterhin eine Reihe von Kontrollen Schleierfahndungskontrollen sind. Unmittelbare Grenzkontrollen – darauf weise ich auch immer wieder hin – finden nach der Entscheidung des Bundes ohnehin nur an der österreichischen Grenze statt. An der tschechischen Grenze findet ausschließlich Schleierfahndung statt. Deshalb muss man das immer im Gesamtzusammenhang sehen. Noch im vergangenen Jahr waren nur 500 Personen, die bisher in den Polizeiinspektionen in Fahndung waren, im Einsatz. Wir haben erst in diesem Jahr begonnen, diese personell zu verstärken. In diesem Jahr hat die Grenzpolizei die ersten 100 zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen zugewiesen bekommen. In den nächsten Jahren – Sie kennen unseren Plan – wird das Personal Jahr für Jahr auf insgesamt 1.000 verstärkt. Mit diesem personellen Aufwuchs haben wir die Chance, noch mehr Aufgriffe zu tätigen.

Weiterhin ist es wichtig, dass wir einerseits unmittelbar zusammen mit dem Bund an der Grenze kontrollieren, andererseits aber auch die Schleierfahndung verbessern. Außerdem müssen wir die technische Ausstattung weiter verbessern. Die Grenzpoli-

zeiinspektionen erhalten zusätzliche Fahrzeuge. In Zukunft erhalten Sie beispielsweise auch zusätzliche Drohnen oder Multicopter. All dies wird dazu führen, dass wir die Aufgriffszahlen weiter verbessern können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1095 bis 18/1101, 18/1167 bis 18/1191, 18/1202 bis 18/1215, 18/1235 bis 18/1238, 18/1263 und 18/1266 sowie 18/1303 bis 18/1305, 18/1307, 18/1309 bis 18/1315 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1761.

Vorab ist über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion abzustimmen, zu denen jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern" auf der Drucksache 18/1205 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Stenografentisch bereit. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17:52 bis 17:57 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe. – Es erfolgt nun ebenfalls in namentlicher Form die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Integrationsbeauftragten" auf Drucksache 18/1168. Die Urnen stehen wiederum bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17:58 bis 18:01 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wiederum außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Nachdem über den Einzelplan selbst nicht vorher abgestimmt werden kann, wird die Sitzung bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung von 18:01 bis 18:05 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern", Drucksache 18/1205, haben 56 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Eine. Damit ist der Änderungsantrag der SPD abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Beim Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Integrationsbeauftragten", Drucksache 18/1168, haben 49 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1761 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurden, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und einzelne Abgeordnete der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung aus der FDP-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1761 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1235 mit 18/1238 und 18/1266 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 01) (Drucksache 18/1205)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin				Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	134	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Kosten des Integrationsbeauftragten (Kap. 03 03 Tit. 536 02) (Drucksache 18/1168)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin				Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	49	119	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Erstattungen im Rahmen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
(Kap. 03 03 Tit. 883 04)
Drs. 18/1095
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für Umweltingenieure
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1096
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1097
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für die Veterinärbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1098
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr
(Kap. 03 12 Tit. 681 60)
Drs. 18/1099
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz – Schaffung neuer Planstellen für tarifbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Landespolizei - Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, des Rechtsextremismus und der Organisierten Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01, Kap. 03 18 Tit. 428 01 und 525 75)
Drs. 18/1100
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/1101
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Freistaates Bayern zur Förderung der freiwilligen Rückkehr
(Kap. 03 03 Tit. 681 03)
Drs. 18/1182

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/1183
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/1184
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte des Landeskriminalamts
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/1185
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/1186
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte des Landeskriminalamts
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/1187
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen bei der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/1188
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/1189
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrung bei der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1190
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1191
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/1303
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Ausreise von ausländischen Staatsangehörigen durch das Bund/Länder-Programm „REAG/GARP“
(Kap. 03 03 Tit. 671 01)
Drs. 18/1304
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Institutionelle Förderung der Rückkehrberatung sowie von Rückkehrförder- und Reintegrationsprojekten
(Kap. 03 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/1305

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Remigrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1307
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/1309
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 12 Tit. 519 01)
Drs. 18/1310
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen „Wohnungspakt Bayern“
(Kap. 03 12 Tit. 519 11)
Drs. 18/1311
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 18/1312
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung sowie spezielle Integrationsangebote für Frauen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/1313
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Inland
(Kap. 03 12 Tit. 686 61 und
Kap. 03 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/1314
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben
(Kap. 03 12 Tit. 812 02)
Drs. 18/1315
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
(Kap. 03 02 Tit. 428 45)
Drs. 18/1202
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vorsorgekuren für Polizeivollzugsbeamte
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1203
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1204
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1205
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Ausbildungssituation im Bereich der Lebensmittelkontrolleure

- durch die Schaffung 30 neuer Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter, Lebensmittelkontrolleure-Anwärterinnen bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 18/1206
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, und Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 18/1207
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstetigung der Förderung der Integrationsarbeit der IG – InitiativeGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 18/1208
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespolizei: Neue Planstellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1209
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung vermehrter Ausstattungsbedarf und Mittel für Ausstattung der Bayerischen Grenzpolizei und der Reiterstaffeln und Umschichtung der frei werdenden Mittel in ein anderes Haushaltskapitel
(Kap. 03 18 Tit. 511 22 und 811 01, Kap. 03 02 Tit. 428 45)
Drs. 18/1210
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Instandhaltung von Brandübungscontainern
(Kap. 03 23 Tit. 511 01)
Drs. 18/1211
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Personal an Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 422 01)
Drs. 18/1212
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ersthelfergruppen finanziell unterstützen
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/1213
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vollzug der Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen (I) – Stellenpläne des Ministeriums, der Regierungen und des Landesamts für Asyl und Rückführungen
(Kap. 03 01 Tit. 422 01, Kap. 03 08 Tit. 422 01 und 428 01, Kap. 03 11 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 18/1214
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vollzug der Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen (II)
(Kap. 03 11 Tit. 422 01, 422 41, 428 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 519 01 und TG 51 Tit. 514 51, 517 51, 518 51, 534 51;
Kap. 03 01 Tit. 422 01, Kap. 03 08 Tit. 422 01, 422 41, 428 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 519 01 und Kap. 03 13 Tit. 514 21, 517 01, 518 01, 534 01; Kap. 03 11 Tit. 533 01 und Kap. 03 08 neuer Tit.)
Drs. 18/1215
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Auszeichnungen für besondere Verdienste
(Kap. 03 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/1167
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/1168
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1169
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 11 Tit. 514 51)
Drs. 18/1170
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 11 Tit. 517 51)
Drs. 18/1171
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur medizinischen Versorgung
(Kap. 03 11 Tit. 534 51)
Drs. 18/1172
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 03 11 Tit. 518 51)
Drs. 18/1173
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Aufträgen
(Kap. 03 12 Tit. 534 61)
Drs. 18/1174
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 18/1175
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Inland (Arbeitsmarkt)
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/1176
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 03 18 Tit. 511 01)
Drs. 18/1177
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
(Kap. 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/1178
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 18 Tit. 519 01)
Drs. 18/1179
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 18/1180

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
Drs. 18/1181

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 03 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/1263